

NIEDERSCHRIFT

über die **10.** Sitzung **des Finanzausschusses** (XVI. Wahlperiode)

Tag der Sitzung: **06.03.2019**
Ort der Sitzung: Kreishaus Grevenbroich
Kreissitzungssaal (1. Etage)
Auf der Schanze 4, 41515 Grevenbroich
(Tel. 02181/601-2171 und -2172)
Beginn der Sitzung: 09:00 Uhr
Ende der Sitzung: 15:37 Uhr
Den Vorsitz führte: Dieter Jüngerkes

Sitzungsteilnehmer:

• CDU-Fraktion

1. Herr Dr. Gert Ammermann
2. Herr Volker Bäumken Vertretung für Herrn Heijo Drießen von 9-12 Uhr
3. Herr Jakob Beyen
4. Frau Barbara Brand Vertretung für Herrn Dr. Dieter Welsink
5. Herr Heijo Drießen
6. Herr Karl-Heinz Ehms Vertretung für Frau Ursel Meis
7. Herr Dr. Jens Hartmann
8. Herr Dr. Hans-Ulrich Klose
9. Herr Werner Moritz
10. Herr Franz-Josef Radmacher
11. Herr Johann-Andreas Werhahn
12. Frau Birte Wienands Vertretung für Herrn Thomas Welter

• SPD-Fraktion

13. Herr Horst Fischer Vertretung für Frau Gertrud Servos
14. Herr Harald Holler
15. Frau Doris Hugo-Wissemann
16. Herr Dieter Jüngerkes
17. Herr Christian Stupp
18. Herr Rainer Thiel

• Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

19. Herr Marco Becker
20. Frau LL.M. Nilab Fayaz Vertretung für Frau Susanne Stephan-Gellrich
21. Herr Hans Christian Markert Vertretung für Herrn Matthias Molzberger

- **FDP-Fraktion**

- 22. Herr Simon Kell
- 23. Herr Rolf Kluthausen

Vertretung für Herrn Tim Tressel

- **Die Linke**

- 24. Frau Christel Rajda

- **Fraktion UWG Rhein-Kreis Neuss/Aktive Bürgergemeinschaft - Die Aktive**

- 25. Herr Carsten Thiel

- **Verwaltung**

- 26. Herr Landrat Hans-Jürgen Petrauschke
- 27. Herr KD Dirk Brügge
- 28. Herr Dezernent Ingolf Graul
- 29. Herr Dezernent Tillmann Lonnes
- 30. Herr Dezernent Karsten Mankowsky

- **Schriftführerin**

- 31. Frau Claudia Baum

INHALTSVERZEICHNIS

Punkt	Inhalt	Seite
Öffentlicher Teil:		3
1.	Feststellung der ordnungsgemäß erfolgten Einladung und der Beschlussfähigkeit	3
2.	Verpflichtung sachkundiger Bürgerinnen und Bürger	3
3.	Ermächtigungsübertragungen von 2018 nach 2019 im Rahmen des Jahresabschlusses 2018 Vorlage: 20/3057/XVI/2019	4
4.	Kreishaushalt 2019/2020: Beratung über den Entwurf Vorlage: 20/3067/XVI/2019	4
5.	Kreishaushalt 2019/2020: Beteiligungsrechte der kreisangehörigen Städte und Gemeinde Vorlage: 20/3065/XVI/2019	5

Öffentlicher Teil:

1. Feststellung der ordnungsgemäß erfolgten Einladung und der Beschlussfähigkeit

Protokoll:

Der Vorsitzende Dieter Jüngerkes stellte nach Begrüßung der Anwesenden die ordnungsgemäß erfolgte Einladung und die Beschlussfähigkeit des Finanzausschusses fest. Ergänzungen bzw. Änderungen der Tagesordnung wurden nicht gewünscht.

2. Verpflichtung sachkundiger Bürgerinnen und Bürger

Protokoll:

Es waren keine sachkundigen Bürger zu verpflichten.

3. Ermächtigungsübertragungen von 2018 nach 2019 im Rahmen des Jahresabschlusses 2018
Vorlage: 20/3057/XVI/2019

FI/20190306/Ö3

Beschluss:

Nach Erläuterung durch Kreiskämmerer Graul fasst der Ausschuss den Beschluss:

Die dem Kreistag nach § 22 Abs.4 Kommunalhaushaltsverordnung NRW (KomHVO NRW) vorzulegende Übersicht über die gemäß § 22 Abs.1-3 KomHVO NRW übertragene Ermächtigungen mit Angabe der Auswirkungen auf den Ergebnis- und Finanzplan 2019 wird zur Kenntnis genommen. Eine entsprechende Beschlussfassung durch den Kreistag wird empfohlen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen.

4. Kreishaushalt 2019/2020: Beratung über den Entwurf
Vorlage: 20/3067/XVI/2019

Protokoll:

Grundlage der Beratungen war der Entwurf des Doppelhaushaltes 2019/2020 unter Einbeziehung der Änderungsliste vom 11.02.2019.

Zum Verfahren ist festzuhalten, dass der Vorsitzende die Produktgruppen einzeln zur Beratung aufrief.

Die in der Übersicht nicht gesondert aufgeführten Produktgruppen und Produkte wurden im Rahmen der Abstimmung über den Gesamthaushalt in die Entscheidung mit einbezogen und beschlossen.

Die Beschlussfassung bezieht sich auf die Sachkonten im Ergebnisplan. Die korrespondierenden Sachkonten im Finanzplan werden von der Verwaltung entsprechend fortgeschrieben. Dies gilt ebenso für die Finanzplanung 2021-2023.

Beschluss:

s. Anlage „Beschlussprotokoll zu TOP 4: Kreishaushalt 2019/2020 – Beratung über den Entwurf“

5. Kreishaushalt 2019/2020: Beteiligungsrechte der kreisangehörigen Städte und Gemeinde

Vorlage: 20/3065/XVI/2019

Protokoll:

Kreiskämmerer Graul wies auf die umfangreichen Informationen zur Finanzlage der kreisangehörigen Städte und der Gemeinde in der Einladung hin und erläuterte die Tabellen.

Besonders erfreulich sei, dass bis auf die Stadt Grevenbroich alle Kommunen in der Lage waren, die Ausgleichsrücklage zu dotieren. Dies sei ein Hinweis auf die verbesserte finanzielle Leistungsfähigkeit der kreisangehörigen Städte und der Gemeinde.

Ungeachtet hiervon haben die Kommunen im Rahmen des Benehmensverfahrens gem. § 55 KrO NRW mit Schreiben vom 22.02.2019 eine gemeinsame Stellungnahme abgegeben. Sie wenden sich in erster Linie gegen die Aufstellung eines Doppelhaushaltes 2019/2020, da die ihres Erachtens mit der Aufstellung eines Doppelhaushaltes verbundenen Prognoseunsicherheiten zu Lasten der Kommunen gehen.

Kreiskämmerer Graul wies darauf hin, dass die Aufstellung eines Doppelhaushaltes gängige Praxis sei, die von zahlreichen Gebietskörperschaften genutzt wird. Er erläuterte die in der Stellungnahme der Verwaltung vom 27.02.2019 dargestellten Vorteile eines Doppelhaushaltes und nahm Stellung zu den von den Kommunen kritisierten Prognoserisiken. Die Beurteilung, dass der Rhein-Kreis Neuss zu Lasten der Kommunen Risiken über- und Einnahmeerwartungen unterbetont sei wie dargelegt nicht zutreffend.

Von den kreisangehörigen Städten und der Gemeinde blieben die Einnahmen aus der Erhöhung der Umsatzsteuerbeteiligung zur Refinanzierung des SGB II-Aufwandes in der Stellungnahme vom 22.02.2019 unberücksichtigt.

Dem Finanzausschuss und Kreistag solle deshalb vorgeschlagen werden, der von den kreisangehörigen Städten und der Gemeinde mit Schreiben vom 22.02.2019 vorgetragene Einwendung zum Haushaltsentwurf des Kreises zum Doppelhaushalt nicht zu folgen und diese zurückzuweisen.

KTA Ammermann legte dar, dass der von den Kommunen hergestellte Zusammenhang, der Landschaftsverband habe, anders als sonst bei ihm gängige Praxis, 2019 keinen Doppelhaushalt aufgrund Prognoseunsicherheiten im Sozialbereich geplant, unzutreffend sei.

Der Landschaftsverband sei aufgrund von Unsicherheiten im Gesetzgebungsverfahren hinsichtlich der Zuständigkeiten/Kostenfolge im Rahmen des Bundesteilhabegesetzes vom Doppelhaushalt abgewichen. Nachdem die Zuständigkeiten geklärt seien, plane der Landschaftsverband sogar über die Grenze der Wahlperiode hinaus einen Doppelhaushalt für 2020/2021.

Die CDU-Fraktion stimme deshalb der Aufstellung eines Doppelhaushaltes für 2019/2020 sowie der ermittelten Umlagesätze zu und werde die Einwendung der kreisangehörigen Städte und der Gemeinde zurückweisen.

KTA Rainer Thiel machte deutlich, dass er die Belange der Kommunen nicht ausreichend berücksichtigt sieht und ein Doppelhaushalt für ihn eine zu große Prognoseunsicherheit mit sich bringe. Dies würde bereits durch die Zusage der Verwaltung deutlich, die Kreisumlage insoweit nicht zu erheben, als im Hinblick auf eine für 2020 erfolgte Regelung zur Höhe der Bundeserstattung der Kreis eine höhere Bundeserstattung als 30,9 v. H (wie in 2019) erhält.

Die SPD-Fraktion schließe sich nicht der Empfehlung der CDU-Fraktion an. Vielmehr würde ausdrücklich die Aufstellung eines Doppelhaushaltes 2019/2020 abgelehnt und sich der Stellungnahme und Bewertung der kreisangehörigen Städte und der Gemeinde angeschlossen.

KTA Carsten Thiel bekundete seine Zustimmung zum Doppelhaushalt 2019/2020, da die bisherigen Doppelhaushalte immer gut geplant gewesen seien.

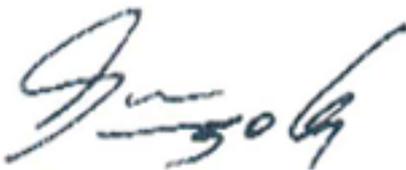
Er fragte nach, wie den Kommunen geholfen werde, die zur Abdeckung eines Mehraufwandes durch eine höhere Belastung bei den Kosten der Unterkunft (KdU) keine ausreichende Erhöhung des Gemeindeanteils an der Umsatzsteuer erhalten. Hier gäbe es ein Ungleichgewicht bei der Verteilung.

Landrat Petruschke erwiderte, dass es immer ein Problem sei, wenn eine Erstattung sich auf Parameter stützt, die in keinem Zusammenhang mit der eigentlichen Ursache steht. Dies sei ein Nachteil des Verfahrens, etwaigen Mehraufwand bei den KdU durch einen erhöhten Anteil an der Umsatzsteuer ausgleichen zu wollen. Hier könne der Kreis nichts ändern, da dies vom Gesetzgeber so vorgegeben sei.

KTA Becker lehnte für die Fraktion Bündnis90/Die Grünen den Doppelhaushalt 2019/2020 mit Hinweis auf die Prognoseunsicherheiten ab.

KTA Dr. Ammermann empfiehlt abschließend für die CDU-Fraktion dem Kreistag die Einwendung der kreisangehörigen Städte und der Gemeinde abzulehnen.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorlagen, schloss Dieter Jüngerkes um 15:37 Uhr die Sitzung.



Dieter Jüngerkes
Vorsitz



Claudia Baum
Schriftführung

Beschlussprotokoll zu TOP 4: Kreishaushalt 2019/2020 – Beratung über den Entwurf

Lfd. Nr./ Beschluss- Ziffer	Antragssteller (Fraktionen)	Antrag (evtl. Begründung)	Abstimmungsergebnis
1	UWG/Die Aktive	<p>Seite 116 ff, Produkt 010.111.112 „Liegenschaften, Kfz, Versicherungen“ Tischvorlage Nr. 20/3185/XVI/2019</p> <p>Antrag: Nachrüstung aller kreiseigenen LKW, Busse und sonstigen großen Fahrzeugen mit Abbiegeassistenten. Hierfür soll ein Betrag i.H.v. 15.000,- € in den Haushalt eingestellt werden. Bei künftigen Vergaben sind nur noch Unternehmen, die bereits Abbiegesysteme nutzen, zu berücksichtigen.</p> <p>Begründung: Das Abbiegeassistenzsystem bei LKW und Bussen ist ein geeignetes Mittel, die Verkehrssicherheit für Radfahrer und Fußgänger deutlich zu erhöhen und schwere, oft tödliche Unfälle zwischen LKW und Radfahrern zu verhindern. Der Rhein-Kreis Neuss sollte bezüglich Verkehrssicherheit eine Vorreiterrolle übernehmen.</p> <p>Aussprache: Die Verwaltung weist darauf hin, dass der Kreis keine LKW besitzt, auch für den Zahnarztbus kommt ein Assistenzsystem nicht in Frage. Ausschreibungen zu LKW oder ähnlichen Fahrzeugen sind im Haushalt 2019/2020 nicht geplant. Bei zukünftigen Ausschreibungen für den Schülerspezialverkehr wird ein entsprechender Hinweis zu den Abbiegeassistenzsystemen im Schulausschuss erfolgen.</p> <p>Modifizierter Antrag (nach Aussprache): Bei zukünftigen Anschaffungen der o.g. Fahrzeugarten werden nur Fahrzeuge, die einen Abbiegeassistenten haben, angeschafft. Die Einstellung von Haushaltsmitteln ist für 2019/2020 ist nicht erforderlich.</p>	einstimmig beschlossen

Beschlussprotokoll zu TOP 4: Kreishaushalt 2019/2020 – Beratung über den Entwurf

2	UWG/Die Aktive	<p>Seite 116 ff, Produkt 010.111.112 „Liegenschaften, Kfz, Versicherungen“ Tischvorlage Nr. 20/3185/XVI/2019</p> <p>Antrag: Erstellung eines Konzeptes zur Errichtung einer Veranstaltungsarena. Hierfür sollen 50.000 € bereitgestellt werden.</p> <p>Begründung: Der Rhein-Kreis Neuss hat trotz über 450.000 Einwohnern keine geeignete (größere) Einrichtung zur Durchführung von Sportveranstaltungen, Großveranstaltungen, Events u.ä. Auch im Hinblick auf den stattfindenden Strukturwandel ist eine Veranstaltungsarena von Bedeutung.</p> <p>Aussprache: Frühere Debatten über eine Veranstaltungsarena endeten mit einem fehlenden Nutzungskonzept für eine Jahresauslastung. Der Kreis ist nicht mit einer Großstadt vergleichbar und so ist es nicht die Aufgabe des Kreises für ein solches Angebot zu sorgen.</p>	<p>mit Mehrheit abgelehnt</p> <p>1 Ja-Stimme <i>(UWG/Die Aktive)</i> 23 Nein-Stimmen <i>(CDU, SPD, FDP, Bündnis90/Die Grünen, Die Linke)</i></p>
3	CDU + FDP	<p>Seite 138 ff, Produkt 010.111.123 „Informations-/Kommunikationstechnologie“ Tischvorlage Nr. 20/3185/XVI/2019</p> <p>Antrag: Einplanung von Mitteln i.H.v. je 10.000 € in den Haushaltsjahren 2019 und 2020 für die Einrichtung und Weiterentwicklung eines Chatbot auf der Internetseite des Kreises.</p> <p>Begründung: Vereinfachung der Informationsgewinnung für die Bürger auf der Internetseite des Kreises durch die Kommunikation mit einer künstlichen Intelligenz.</p>	<p>einstimmig beschlossen</p>

Beschlussprotokoll zu TOP 4: Kreishaushalt 2019/2020 – Beratung über den Entwurf

4	SPD	<p>Seite 335 ff, Produkt 040.252.011 „Kulturzentrum Rommerskirchen-Sinsteden“ Sachkonto: 5431 2000 „Öffentlichkeitsarbeit, Bekanntmachungen, Ausschreibungen“ Tischvorlage Nr. 20/3185/XVI/2019</p> <p>Antrag: Der Ansatz des o.g. Kontos soll für die Haushaltsjahre 2019 und 2020 um jeweils 2.500 € auf 5.000 € erhöht werden.</p> <p>Begründung: Die vorhandenen Mittel sind nicht ausreichend.</p> <p>Aussprache: Das vorläufige IST im Haushaltsjahr 2018 betrug 5.800 €.</p>	einstimmig beschlossen
5	UWG/Die Aktive	<p>Seite 335 ff, Produkt 040.252.011 „Kulturzentrum Rommerskirchen-Sinsteden“ Tischvorlage Nr. 20/3185/XVI/2019</p> <p>Antrag: Es werden verschiedene Maßnahmen gefordert, die das Kulturzentrum Rommerskirchen-Sinsteden attraktiver gestalten bzw. besser bewerben. Dazu sollen in 2019 Mittel i.H.v. 50.000 € zur Verfügung gestellt werden.</p> <p>Aussprache: Die Verwaltung erläuterte, dass die meisten Maßnahmen bereits für die kommenden Jahre vorgesehen sind eine Entscheidung über den kostenlosen Eintritt kann erst nach einigem Zeitablauf im Kulturausschuss erfolgen. Lediglich die Errichtung eines Kinderspielplatzes und eines Kiosks seien nicht eingeplant, aber sinnvoll. Daher sollten die 50.000 € für diesen Zweck investiv zur Verfügung gestellt werden. Die Mittel werden erst nach Beratung im Kulturausschuss freigegeben.</p>	einstimmig beschlossen

Beschlussprotokoll zu TOP 4: Kreishaushalt 2019/2020 – Beratung über den Entwurf

6	Bündnis 90/ Die Grünen	<p>Seite 351 ff, Produkt 040.281.011, „Kulturpflege“ Tischvorlage Nr. 20/3185/XVI/2019</p> <p>Antrag: Im Rahmen des Strukturwandels sollen für eine Machbarkeitsstudie zur Errichtung eines Reviermuseums und dem dazugehörigen einmaligem Erwerb einer entsprechenden Immobilie für die Haushaltsjahre 2019 und 2020 je mindestens 500.000 € eingeplant werden.</p> <p>Aussprache: Aus dem Gremium wird signalisiert dass allein ein Museum nicht der richtige Weg sei. Wichtig ist den Industriestandort und damit die Arbeitsplätze zu erhalten.</p>	<p>mit Mehrheit abgelehnt</p> <p>3 JA-Stimmen (<i>Bündnis 90/Die Grünen</i>) 21 NEIN-Stimmen (<i>CDU, SPD, FDP, Die Linke, UWG</i>)</p>
7	CDU + FDP	<p>Seite 351 ff, Produkt 040.281.011 „Kulturpflege“ Sachkonto: 5291 1330 „Masterplan Kultur“ Tischvorlage Nr. 20/3185/XVI/2019</p> <p>Antrag: Für die Erarbeitung eines „Masterplan Kultur“ sollen für die Haushaltsjahre 2019 und 2020 jeweils 20.000 € in den Haushalt eingestellt werden.</p> <p>Begründung: Mit der Erarbeitung des „Masterplan Kultur“ soll die vielfältige Kulturlandschaft des Rhein-Kreises Neuss strukturiert werden. Dazu soll ein Gutachter eingebunden werden.</p>	<p>einstimmig beschlossen</p>
	CDU + FDP	<p>Seite 351 ff, Produkt 040.281.011 „Kulturpflege“ Sachkonto 5291 0000 „Aufwendungen für sonstige Dienstleistungen“ Tischvorlage Nr. 20/3185/XVI/2019</p> <p>Antrag: Für die Initialisierung des Digitalisierungskonzeptes zur Archivierung und Aufbereitung der Kulturgüter des Kreises werden insgesamt 300.000 € und somit für die Jahre 2019 und 2020 jeweils 60.000 € beantragt.</p>	

Beschlussprotokoll zu TOP 4: Kreishaushalt 2019/2020 – Beratung über den Entwurf

8		<p>Aussprache: Der Vorsitzende wies daraufhin, dass die Mittel für den o.g. Zweck in den Ermächtigungsobertragungen von 2018 nach 2019 enthalten sind. Auf eine Abstimmung wurde deshalb verzichtet.</p>	
9	SPD	<p>Seite 351 ff, Produkt 040.281.011 „Kulturpflege“ Sachkonto 5318 0000 „Zuweisung lfd. Zwecke private Unternehmen“ Tischvorlage Nr. 20/3185/XVI/2019</p> <p>Antrag: Für die Unterstützung zur Umsetzung der Brandschutzmaßnahmen soll dem Feld- und Werkbahnmuseum Oekoven e.V. in 2019 ein Zuschuss i.H.v. 50.000 € zur Verfügung gestellt werden.</p> <p>Begründung: Durch die unzureichenden Brandschutzvorkehrungen auf dem Museumsgelände ist der Betrieb stark eingeschränkt und so für den betreibenden Verein nicht aufrecht zu erhalten.</p>	<p>mit Mehrheit abgelehnt</p> <p>8 JA-Stimmen (SPD, FDP) 15 NEIN-Stimmen (CDU, Bündnis 90/Grüne, UWG) 1 Abwesend (Die Linke)</p>
10	CDU + FDP	<p>Seite 351 ff, Produkt 040.281.011 „Kulturpflege“ Sachkonto 5318 0000 „Zuweisung lfd. Zwecke private Unternehmen“ Tischvorlage Nr. 20/3185/XVI/2019</p> <p>Antrag: Der Kreis soll sich in den Jahren 2019 und 2020 mit jeweils 20.000 € an den Kosten zur Herstellung des Brandschutzes im Feld- und Werkbahnmuseum Oekoven beteiligen. Daran geknüpft werden soll eine Beteiligung der Gemeinde Rommerskirchen in gleicher Höhe.</p> <p>Begründung: Durch die unzureichenden Brandschutzvorkehrungen auf dem Museumsgelände ist der Betrieb stark eingeschränkt und so für den betreibenden Verein nicht aufrecht zu erhalten.</p>	<p>mit Mehrheit beschlossen</p> <p>14 JA-Stimmen (CDU, FDP, UWG) 7 NEIN-Stimmen (SPD, 1x Bündnis 90/Die Grünen) 2 Enthaltungen (1x Bündnis 90/Die Grünen) 1 Abwesend (Die Linke)</p>

Beschlussprotokoll zu TOP 4: Kreishaushalt 2019/2020 – Beratung über den Entwurf

11	<p>Bündnis90/ Die Grünen</p>	<p>Seite 355 ff, Produktbereich 050 „Soziale Leistungen“ Tischvorlage Nr. 20/3185/XVI/2019</p> <p>Antrag: Veranschlagung eines symbolischen Betrages von 1 € jeweils für die Haushaltsjahre 2019 und 2020 für die Einführung der Senioren- und Gesundheitsapp „Gut versorgt in....“</p> <p>Begründung: Die Bevölkerung wird zunehmend älter. Die bereits von der Stadt Höxter eingeführte App bietet Senioren umfangreiche Informationen u.a. aus den Bereichen Notfall-Nummern, Rat und Infos, Unterhaltung, Aktiv im Alter, Adressen A-Z, Veranstaltungen des Senioren- und Behindertenbeirats u.v.m.</p> <p>Aussprache: Der Weiterentwicklung der bereits existierenden „hauseigenen“ Pflegefinder-App (vormals Heim-App) ist der Vorzug zu geben. Diese App verfügt ebenfalls über zahlreiche Angebote und ist nicht nur für die Nutzer der App sondern auch für die Anbieter von Dienstleistungen (z.B. Heimbetreiber, Ärzte, private Pflegedienst u.ä.) kostenlos. Der private App-Betreiber von „Gut versorgt in....“ verlangt Gebühren für die Einstellung von Angeboten.</p>	<p align="center">mit Mehrheit abgelehnt</p> <p>3 Ja-Stimmen (B90/Die Grünen) 13 Nein-Stimmen (CDU, FDP) 8 Enthaltungen (SPD, UWG, Die Linke)</p>
	<p>Bündnis90/ Die Grünen</p>	<p>Seite 365 ff, Produkt 050.312.010 „Grundsicherung für Arbeitssuchende“, Seite 424 ff, Produkt 050.351.010 „ Allgemeine Sozialverwaltung“ Tischvorlage Nr. 20/3185/XVI/2019</p> <p>Antrag: Einführung einer Bildungskarte zur vereinfachten Inanspruchnahme der Leistungen aus dem Bildungs- und Teilhabepaket (BuT). Hierfür sollen in 2019 insgesamt 15.000 € und in 2020 insgesamt 25.000 € im Haushalt eingeplant werden.</p>	

Beschlussprotokoll zu TOP 4: Kreishaushalt 2019/2020 – Beratung über den Entwurf

<p align="center">12</p>		<p>Begründung: Beim Rhein-Kreis Neuss werden nur von einem geringen Teil der Leistungsberechtigten Anträge auf Leistungen aus dem BuT gestellt, da die bürokratischen Hürden gescheut werden. Es soll ein „Globalantrag“ eingeführt werden, mit dem alle Leistungen beantragt werden können. Bei Bewilligung der primären Geldleistungen (SGB II, Wohngeld usw.) sollen automatisch die BuT-Leistungen (soziokulturelle Teilhabe, Mittagessen, Ausflüge und Klassenfahrten) ebenfalls bewilligt und die Bildungskarte mit einem entsprechenden Guthaben aufgeladen werden.</p> <p>Aussprache: Bereits im Sozial- und Gesundheitsausschuss wurde über die Einführung einer Bildungskarte beraten, es erfolgte jedoch kein Beschluss. Die mit in Kraft treten des Starke-Familien-Gesetzes erwarteten weitreichenden gesetzlichen Änderungen sollen abgewartet werden. Haushaltsmittel für die Digitalisierung sind bereits in den Haushalt eingestellt.</p> <p>Nach Zusage der Verwaltung, dass die Einführung einer Bildungskarte nicht an finanziellen Mitteln scheitern wird, wurde der Antrag seitens B90/Die Grünen zurückgezogen.</p>	
	<p>CDU + FDP</p>	<p>Seite 379 ff, Produkt 050.331.010 „Förderung der Wohlfahrtspflege“ 1. Veränderungsnachweis zum Haushaltsentwurf 2019/2020 vom 11.02.2019 hier: „Wunschliste“ 2019+2020, lfd. Nr. 1</p> <p>Antrag: Unterstützung des Vereins Frauen helfen Frauen e.V. durch Beteiligung an den Kosten für Prävention gegen sexualisierte Gewalt. Für 2019 i.H.v. 17.720 € und für 2020 i.H.v. 17.835 €.</p> <p>Begründung: Der Verein Frauen helfen Frauen e.V. – Beratungsstelle Neuss - hat 2018 innerhalb des <u>Stadtgebietes</u> Neuss das vom Land NRW initiierte und geförderte Projekt "Prävention gegen sexualisierte Gewalt" begonnen. Dieses soll nun auf das gesamte <u>Kreisgebiet</u> ausgeweitet werden.</p>	

Beschlussprotokoll zu TOP 4: Kreishaushalt 2019/2020 – Beratung über den Entwurf

13		Rund 75 % der für eine Umsetzung jährlich notwendigen Mittel werden durch Förderung des Landes NRW finanziert. Für die Restkosten werden noch Mittel benötigt.	einstimmig beschlossen
14	CDU + FDP	<p>Seite 442 ff, Produkt 060.361.010 „Kindertageseinrichtungen/Tagespflege“ Tischvorlage Nr. 20/3185/XVI/2019</p> <p>Antrag: Verhandlung mit den Kreisjugendamtskommunen zwecks Anhebung der Beitragsfreigrenze für Kita-Elternbeiträge.</p> <p>Begründung: Zur Entlastung einkommensschwächerer Familien im Kreisjugendamtsbezirk und zur Angleichung der Beitragsfreigrenze innerhalb des Kreises sowie zur Förderung der Familienfreundlichkeit des Kreises besteht Handlungsbedarf bei der Freibetragsgrenze.</p> <p>Aussprache (siehe auch lfd. Nr. 15): Die Entscheidung bezüglich der Beitragsfreigrenze soll im Einvernehmen mit den Kreisjugendamtskommunen Jüchen, Korschenbroich und Rommerskirchen erfolgen, da die zu erwartenden Mindereinnahmen zu einer Erhöhung der Kreisjugendamtsumlage führen.</p> <p>Nach Aussprache wurde der Antrag seitens CDU + FDP zurückgezogen.</p>	
	Bündnis90/ Die Grünen	<p>Seite 442 ff, Produkt 060.361.010 „Kindertageseinrichtungen/Tagespflege“ Tischvorlage Nr. 20/3185/XVI/2019</p> <p>Antrag: Finanzielle Entlastung von Eltern mit Kindern in Tagesbetreuung in folgenden Punkten:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Die Betreuung von Kindern im Alter von 3 Jahren bis zum Schuleintritt in Tageseinrichtungen für Kinder (Kitas) und in der Kindertagespflege wird ab dem Kindergartenjahr 2019/2020 in allen Einkommensstufen beitragsfrei. 2. Für alle Kinder in Tageseinrichtungen (Kitas) und in der Tagespflege gilt ab dem Kindergartenjahr 2019/2020 eine Beitragsfreiheit bei der Mittagsverpflegung bzw. 	

Beschlussprotokoll zu TOP 4: Kreishaushalt 2019/2020 – Beratung über den Entwurf

15		<p>das Essensgeld, sofern die Eltern Leistungen nach SGB II, dem Asylbewerberleistungsgesetz, Wohngeld oder einen Kinderzuschlag erhalten.</p> <p>Die Verwaltung wird beauftragt einen entsprechenden Satzungsentwurf zu erarbeiten.</p> <p>Begründung: Finanzielle Entlastung von Eltern insbesondere von Eltern, die aufgrund ihrer Einkommensverhältnisse keine Elternbeiträge zahlen müssen.</p> <p>Aussprache (siehe auch lfd. Nr. 14): Der Antrag wurde im Jugendhilfeausschuss abgelehnt. Da die betroffenen Kommunen Jüchen, Korschenbroich und Rommerskirchen bereits ihre Haushalte beschlossen haben, lehnen sie zum jetzigen Zeitpunkt die zusätzliche finanzielle Belastung ab. Grundsätzlich besteht jedoch Gesprächsbereitschaft. Der Kreis hat bezüglich der Mittagsverpflegung keinerlei Eingriffsmöglichkeit, da diese in der Zuständigkeit der jeweiligen Träger liegt.</p> <p>Modifizierter Antrag nach Aussprache: Die Betreuung von Kindern im Alter von 3 Jahren bis zum Schuleintritt in Kitas und in der Tagespflege wird ab dem Kindergartenjahr <u>2020/2021</u> in allen Einkommensstufen beitragsfrei.</p>	<p>mit Mehrheit abgelehnt</p> <p>3 Ja-Stimmen (B90/Die Grünen) 14 Nein-Stimmen (CDU, FDP, UWG) 7 Enthaltungen (SPD, Die Linke)</p>
	Bündnis 90/ Die Grünen	<p>Seite 442 ff, Produkt 060.361.010 „Kindertageseinrichtungen/Tagespflege“ Tischvorlage Nr. 20/3185/XVI/2019</p> <p>Antrag: Ausbau der Kindertagesbetreuung im Jugendamtsbezirk Rhein-Kreis Neuss</p> <p>Die Verwaltung wird beauftragt, mit den Städten im Jugendamtsbezirk eine Ausbauplanung zur Kinderbetreuung abzustimmen und den zuständigen Gremien des Kreises zeitnah vorzulegen, damit ca. 50% aller U3-Kinder einen Betreuungsplatz erhalten. Die Ausbaukosten sollen durch Inanspruchnahme der vorhandenen Fördermittel des Bundes und des Landes anteilig refinanziert werden.</p>	

Beschlussprotokoll zu TOP 4: Kreishaushalt 2019/2020 – Beratung über den Entwurf

16		<p>Begründung: Stagnation in der Versorgung der Kindertagesbetreuung für U3-Kinder bei ca. einem Drittel. Orientierung der Ausbauplanung der Kinderbetreuung für U3-Kinder an einem realistischen Bedarf von ca. 50%.</p> <p>Aussprache: Der Kreis kommt zum neuen Kindergartenjahr (01.08.2019) mit einer Quote von 47,5% ohne Überbelegung aus. Im Bedarfsfall werden zusätzliche Kindertagesplätze unterjährig akquiriert. Bisher konnte immer eine Vollversorgung gewährleistet werden.</p>	<p>mit Mehrheit abgelehnt</p> <p>10 Ja-Stimmen (SPD, B90/Die Grünen, Die Linke) 14 Nein-Stimmen (CDU, FDP, UWG),</p>
	<p>CDU + FDP</p> <p>UWG</p>	<p>Seite 503 ff, Produkt 080.421.010 „ Sportförderung“ Tischvorlage Nr. 20/3185/XVI/2019</p> <p>1. Antrag: Einstellung von Planungsmitteln für bedeutende Sportstättenprojekte in Höhe von 200.000 € im Kreishaushalt 2019/2020</p> <p>2. mdl. Änderungsantrag der UWG: Bereitstellung der Planungsmittel für Sportstättenprojekte <u>mit</u> Multifunktionshalle</p> <p>Begründung: Um die Stützpunkte der Leitsportarten unserer Region zu halten, sind Investitionen in bedeutende Sportstätten notwendig. Damit der Rhein-Kreis Neuss weiterhin einer der herausragenden Stützpunkte in den Bereichen Fechten, Bahnradsport und Kanusport in NRW und Deutschland bleibt, ist eine finanzielle Beteiligung an den Planungskosten bedeutender Sportstättenprojekte, wie einer neuen Säbelfechthalle in Dormagen, der Radsporthalle Büttgen und einem Wildwasserpark in Dormagen unabdingbar.</p>	<p>Abstimmung über 2. mdl. Änderungsantrag „Sportstätten <u>mit</u> Multifunktionshalle“:</p> <p>bei 1 Gegenstimme (UWG) mit Mehrheit abgelehnt</p>

Beschlussprotokoll zu TOP 4: Kreishaushalt 2019/2020 – Beratung über den Entwurf

17		<p>Aussprache: Es sollen hier <u>investive</u> Mittel bereitgestellt werden. Es handelt sich hier um bedeutende Sportstätten, die von Spitzensportlern genutzt werden, als herausragende bundesweit einzigartige Projekte anzusehen sind und für die Fördermittel des Landes beantragt werden könnten, wenn Machbarkeitsstudien und detaillierte Projektplanungen vorgelegt würden. Die Bereitschaft der Beteiligung der jeweiligen Standortkommune ist Voraussetzung für die Durchführung der Projekte.</p> <p>Die SPD gibt zu Protokoll: Der Antrag wird nur für die beantragten Planungskosten unterstützt. Die Zustimmung gilt nicht für weitere Investitionen des Rhein-Kreises als alleiniger Investor und/oder Träger der jeweiligen Projekte.</p>	<p>Abstimmung über 1.Antrag „Sportstätten“:</p> <p>mit Mehrheit beschlossen</p> <p>19 JA-Stimmen (<i>CDU, FDP, SPD</i>) 1 Nein-Stimme (<i>UWG</i>) 3 Enthaltungen (<i>Bündnis 90/Die Grünen</i>) 1 Abwesend (<i>Die Linke</i>)</p>
18	<p>CDU + FDP / Bündnis 90/Die Grünen</p>	<p>Seite 503 ff, Produkt 080.421.010 „Sportförderung“ Sachkonto 5318 0470 „Zuschüsse zur Förderung des Sports“ Tischvorlage Nr. 20/3185/XVI/2019</p> <p>Antrag: Zuschuss zur Fort- und Weiterbildung der ehrenamtlichen Trainer und -innen und Übungsleiter und –innen</p> <p>CDU+FDP: 20.000 € jeweils in 2019 und 2020 /</p> <p>Bündnis 90/Die Grünen: mindestens 40.000 € im Doppelhaushalt 2019/2020</p> <p>Begründung: Zur Sicherstellung einer ausreichenden fachlichen Qualifikation ist eine regelmäßige Fort- und Weiterbildung der ehrenamtlichen Trainer und –innen/Übungsleiter und -innen erforderlich. Die Gebühren für Fort- und Weiterbildung sind für viele nicht erschwinglich. Damit die Vereine auch weiterhin über qualifizierte ehrenamtliche Trainer und –innen/ Übungsleiter und –innen verfügen, sollen Zuschüsse zur Fort- und Weiterbildung gezahlt werden. Die Gewährung der Zuschüsse unterstützt den Leistungs- und Breitensport und würdigt die ehrenamtliche Tätigkeit.</p>	<p align="center">einstimmig beschlossen</p>

Beschlussprotokoll zu TOP 4: Kreishaushalt 2019/2020 – Beratung über den Entwurf

19	SPD	<p>Seite 503 ff, Produkt 080.421.010 „Sportförderung“ Sachkonto 5318 0470 „Zuschüsse zur Förderung des Sports“</p> <p>Antrag: Reduzierung des Haushaltsansatzes 2019 um 60.000 €</p> <p>Begründung: 4 der 5 Teilzeit-Trainerstellen werden erst im Laufe des Jahres 2019 besetzt. Die veranschlagten Mittel werden somit nicht komplett benötigt.</p> <p>Modifizierter Antrag nach Erläuterungen durch die Verwaltung: Reduzierung des Haushaltsansatzes 2019 um 40.000 €.</p>	einstimmig beschlossen
	<p>CDU + FDP</p> <p>CDU + FDP</p> <p>SPD</p> <p>Bündnis 90/Die Grünen</p> <p>Bündnis 90/Die Grünen</p>	<p>Seite 509 ff, Produktbereich 090 „Räumliche Planung und Entwicklung, Geoinformationen“ Anträge mit Bezug Strukturwandel Tischvorlage Nr. 20/3185/XVI/2019</p> <p>Antrag: Aufbau eines Innovations- und Investitionsprogramms für kleine und mittelständische Unternehmen.</p> <p>Antrag: Erhebung zu den Folgewirkungen des Strukturwandels.</p> <p>Antrag: Durchführung/Vergabe einer Machbarkeitsstudie zur Umwandlung der Linie RB 39 in eine durchgehende S-Bahnlinie Köln-Bedburg-Grevenbroich-Neuss-Düsseldorf.</p> <p>Antrag: Gründung eines Baustoff-Recycling-Zentrums.</p> <p>Antrag: Nachhaltiges Güterverkehrs-Management.</p>	einstimmig in den Kreistag verwiesen

Beschlussprotokoll zu TOP 4: Kreishaushalt 2019/2020 – Beratung über den Entwurf

20	<p>Bündnis 90/Die Grünen</p> <p>Bündnis 90/Die Grünen</p>	<p>Antrag: Schaffung von weiteren Stellen für die Bündelung von Verwaltungsaufgaben im Zusammenhang mit dem Strukturwandel.</p> <p>Antrag: Transformation des Arbeitsmarktes.</p> <p>Aussprache: Für erforderliche Maßnahmen im Rahmen des Strukturwandels sind bereits Haushaltsmittel von jeweils 1 Mio. € pro Haushaltsjahr eingeplant. Die Anträge sollen die Positionen der Fraktionen widerspiegeln. Es wird keine Erweiterung der Haushaltsmittel beantragt. Eine Abstimmung über die Anträge wird als nicht erforderlich angesehen. Da es sich um langfristige Maßnahmen handelt, erfolgt die Beratung zukünftig in den entsprechenden Gremien.</p>	
21	Bündnis 90/ Die Grünen	<p>Seite 524 ff, Produkt 090.511.012 „Freiraum-, Landschaftsplanung u. -pflege“ Tischvorlage Nr. 20/3185/XVI/2019</p> <p>Antrag: Für „Der Natur neuen Raum geben“ sollen in den Haushaltsjahren 2019 und 2020 jeweils 150.000 € investiv für den Ankauf von Flächen zur Waldmehrung bereitgestellt werden.</p> <p>Begründung: Bedingt durch den Braunkohle- und Kiesabbau hat der Rhein-Kreis Neuss in der Vergangenheit massive Eingriffe in die Natur- und Kulturlandschaft erlebt. Um dies zu heilen, sollten Mittel bereitgestellt werden, die über das bisherige Waldmehrungsprogramm hinausgehen.</p> <p>Aussprache: Für das Waldmehrungsprogramm stehen jährlich bereits 200.000 € für den Grunderwerb zur Verfügung, die nie ausgeschöpft werden, weil es keine geeigneten Flächen gibt, die zum Verkauf stehen.</p>	<p>mit Mehrheit abgelehnt</p> <p>4 JA-Stimmen (Bündnis 90/Die Grünen, UWG)</p> <p>20 NEIN-Stimmen (CDU, SPD, FDP, Die Linke)</p>

Beschlussprotokoll zu TOP 4: Kreishaushalt 2019/2020 – Beratung über den Entwurf

22	SPD	<p>Seite 524 ff, Produkt 090.511.012 „Freiraum-, Landschaftsplanung u. –pflege Tischvorlage Nr. 20/3185/XVI/2019</p> <p>Antrag: Für das neu beschlossene „Bündnis für Insektenschutz“ werden für die Haushaltsjahre 2019 und 2020 jeweils Mittel i.H.v. 15.000 € veranschlagt.</p> <p>Begründung: In der Sitzung des Planungs- und Umweltausschusses am 21.02.2019 wurde einstimmig beschlossen, zusammen mit den Kommunen ein „Bündnis zum Insektenschutz“ zu schaffen. Die Mittel dienen der Umsetzung konkreter Maßnahmen zum Insektenschutz, zu leistenden Aufklärungsarbeit bei der Bevölkerung sowie ggfls. Expertenanhörungen.</p> <p>Aussprache: Die Verwaltung merkt an, dass eine Referendarin für Landespflege eingesetzt werden kann. Es soll eine Bestandsaufnahme in Kooperation mit den Gemeinden und privaten Initiativen erfolgen und auf dieser Grundlage ein Konzept entwickelt werden.</p>	<p align="center">einstimmig beschlossen</p>
23	Bündnis 90/ Die Grünen	<p>Seite 624 ff, Produkt 140.561.010 „Untere Wasserbehörde“ Tischvorlage Nr. 20/3185/XVI/2019</p> <p>Antrag:</p> <p>a. Für eine Informationskampagne zur Vermeidung von Mikroschadstoffen (Medikamentenrückstände und Mikroplastik) in heimischen Oberflächen-Gewässern werden im Haushaltsjahr 2019 Mittel i.H.v. 50.000 € beantragt.</p> <p>b. Zur Vermeidung von Mikroschadstoffen in heimischen Oberflächen-Gewässern sollen für eine Machbarkeitsstudie über die technischen Vorklärmöglichkeiten an den jeweiligen Quellen (Krankenhäusern und sozialen Einrichtungen des Kreises) im Haushaltsjahr 2020 Mittel i.H.v. 150.000 € eingeplant werden.</p>	<p>Abstimmung über Antrag a:</p> <p align="center">mit Mehrheit abgelehnt</p> <p>3 JA-Stimmen (<i>Bündnis 90/Grüne</i>) 19 NEIN-Stimmen (<i>CDU, SPD, FDP</i>) 2 Enthaltungen (<i>Die Linke/UWG</i>)</p>

Beschlussprotokoll zu TOP 4: Kreishaushalt 2019/2020 – Beratung über den Entwurf

		<p>Begründung: Die meisten kommunalen Kläranlagen sind nicht in der Lage diese Mikroschadstoffe heraus zu filtern und das führt zu einer Kostensteigerung bei der Trinkwassergewinnung.</p> <p>Aussprache: Die Effekte, die durch solche Vorklärmöglichkeiten entstehen, sind gering. Info-Kampagnen werden seit Jahren von Institutionen wie z.B. dem Apothekerverband durchgeführt.</p>	<p>Abstimmung über Antrag b: mit Mehrheit abgelehnt</p> <p>4 JA-Stimmen <i>(Bündnis 90/Grüne, Die Linke)</i></p> <p>19 NEIN-Stimmen <i>(CDU, SPD, FDP)</i></p> <p>1 Enthaltung <i>(UWG)</i></p>
<p align="center">24</p>	<p>SPD</p>	<p>Seite 661 ff, Produkt 150.573.010 „Finanzanlagen und Bürgschaften“ Stammeinlage Wohnungsbaugesellschaft</p> <p>Antrag: Es wird beantragt, die im Finanzplan bei Konto 7848 0000 „Erwerb von sonstigen Finanzanlagen“ für eine Stammeinlage Wohnungsbaugesellschaft veranschlagten Mitteln i.H.v. 3 Mio. € mit einem Sperrvermerk zu versehen bzw. die Verwendung der Mittel von einem noch zu stellenden Beschlussvorschlag abhängig zu machen.</p> <p>Begründung: Bisher ist kein tragfähiges Konzept für eine sinnvolle Verwendung der Mittel bekannt.</p> <p>Aussprache: Es bestand Einigkeit darüber, dass zusätzlicher bezahlbarer Wohnraum dringend benötigt wird. Eine „freihändige“ Mittelverwendung ist nicht beabsichtigt. Vielmehr setzt die KrO NRW bei der Beteiligung an oder Gründung von Unternehmen zwingend einen entsprechenden Beschluss des Kreistages voraus. Eine Abstimmung über den Antrag war unter Hinweis auf die Gesetzeslage nicht erforderlich.</p>	

Beschlussprotokoll zu TOP 4: Kreishaushalt 2019/2020 – Beratung über den Entwurf

25		<p>Seite 668 ff, Produkt 160.611.010 „Steuern, allg. Zuweisungen und Umlagen“</p> <p>Kreiskämmerer Graul fasste das Beratungsergebnis zusammen und wies daraufhin, dass die vorstehenden Beschlüsse des Finanzausschusses im Ergebnisplan für 2019 eine Verschlechterung um rd. 65.000 € und für 2020 um rd. 105.000 € bedeuten und im Finanzplan eine Verschlechterung von 250.000 € zur Folge haben.</p> <p>Die im 1. Veränderungsnachweis vom 11.02.2019 dargestellten Hebesätze für die Kreisumlage könnten sich noch geringfügig ändern.</p> <p>Dem Kreistag wird für seine Sitzung am 27.03.2019 – mit Rücksicht darauf, dass in der heutigen Sitzung noch keine endgültige Kreisumlage festgesetzt wird – ein Vorschlag zur endgültigen Festsetzung des Hebesatzes unterbreitet.</p>	
----	--	--	--

Tischvorlage

Sitzungsvorlage-Nr. 20/3185/XVI/2019

Gremium	Sitzungstermin	Behandlung
Finanzausschuss	06.03.2019	öffentlich

Tagesordnungspunkt:

Tischvorlage zu TOP 4: Kreishaushalt 2019/2020 - Beratung über den Entwurf

Sachverhalt:

Folgende Anträge zu TOP 4 – Beratung über den Entwurf - liegen von den Fraktionen vor:

CDU + FDP

1. Digitalisierung – Einrichtung eines Chatbots auf der Internetseite des Kreises
2. Beteiligung des Kreises an den Kosten zur Herstellung des Brandschutzes im Feldbahnmuseum Oekhoven
3. Initialisierung des Digitalisierungskonzeptes zur Archivierung und Aufbereitung der Kulturgüter des Kreises
4. Erarbeitung eines „Masterplan Kultur“
5. Anhebung der Beitragsfreigrenze für Kita-Elternbeiträge
6. Einstellung von Planungsmitteln für bedeutende Sportstättenprojekte
7. Zuschuss zur Trainer- und Übungsleiterausbildung
8. Aufbau eines Innovations- und Investitionsprogramms für kleine und mittelständische Unternehmen
9. Erhebung zu den Folgewirkungen des Strukturwandels

SPD

10. Kulturzentrum Rommerskirchen-Sinsteden – Ansatzserhöhung bei Sachkonto 5431 2000
11. Feldbahnmuseum Oekhoven – Bereitstellung von 50.000 € für Brandschutzmaßnahmen
12. Durchführung/Vergabe einer Machbarkeitsstudie hinsichtlich Umwandlung der Linie RB 39 zur durchgehenden S-Bahnlinie Köln nach Düsseldorf
13. Finanzmittel für das „Bündnis für Insektenschutz“

Bündnis 90/Die Grünen

14. Finanzielle Entlastung von Eltern mit Kindern in Kindertagesbetreuung
15. Ausbau der Kindertagesbetreuung im Jugendamtsbezirk Rhein-Kreis Neuss
16. Fortbildungszuschüsse über Übungsleiter/Übungsleiterinnen und Trainer/Trainerinnen – Stärkung des Ehrenamtes
17. Einführung der Senioren- und Gesundheitsapp „ Gut versorgt in....“
18. Einführung einer Bildungskarte (BuT)

19. Anträge zum Thema Strukturwandel

19.1 Gründung eines Baustoff-Recycling-Zentrums

19.2 Nachhaltiges Güterverkehrs-Management

19.3 Einrichtung eines Reviermuseums

19.4 Schaffung von weiteren Stellen für die Bündelung von Verwaltungsaufgaben im Zusammenhang mit dem Strukturwandel

19.5 Transformation des Arbeitsmarktes

20. Anträge zum Thema Umwelt

20.1 Maßnahmen zur Elimination von Mikroschadstoffen

20.2 Initiative nachhaltiges Bauen

20.3 Der Natur neuen Raum geben

UWG/Die Aktive

21. Maßnahmen Kulturzentrum Rommerskirchen-Sinsteden

22. Abbiegeassistent

23. Veranstaltungsarena



CDU



**Freie
Demokraten**
Rhein-Kreis
Neuss **FDP**

Fraktionen im Kreistag des Rhein-Kreises Neuss

An den
Vorsitzenden des Finanzausschusses
Herrn Dieter Jüngerkes
Oberstraße 91
41460 Neuss

05. März 2019

Antrag für die Sitzung des Finanzausschusses am 06.03.2019

Digitalisierung – Einrichtung eines Chatbots auf der Internetseite des Kreises

Sehr geehrter Herr Jüngerkes,

die Fraktionen von CDU und FDP bitten Sie, den folgenden Antrag auf die Tagesordnung der Sitzung des Finanzausschusses am 06.03.2019 zu setzen.

Antrag

Die Kreisverwaltung wird gebeten auf der Internetseite des Rhein-Kreises Neuss einen Chatbot einzurichten und dabei das Angebot des kostenlos zur Verfügung gestellten „NRWBots“ zu nutzen. Für die Weiterentwicklung und Anpassung des NRWbots an den Rhein-Kreis Neuss beantragen wir jeweils 10.000 Euro in den Kreishaushalt für 2019 und 2020 einzustellen.

Begründung

Beim 2. NRW Hackathon im September 2016 belegte die Idee eines Chatbots für die öffentliche Verwaltung den 1. Platz. Ein Chatbot ist ein textbasiertes Dialogsystem, das das Chatten mit einem technischen System in natürlicher Sprache erlaubt. Die Einrichtung eines Chatbots auf der Internetseite des Kreises hat für die Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen den Vorteil noch einfacher, intuitiver und effizienter benötigte Informationen zu finden. Anstatt sich durch die Internetseite zu klicken und

-1-

nach den gewünschten Informationen zu suchen, kann man seine Frage(n) direkt in ein Dialogfenster eingeben und erhält eine Antwort. Das spart bei der Informationssuche Zeit und erhöht die Kundenfreundlichkeit.

Vom CIO NRW und d-NRW wird ein Chatbot-Prototyp unter dem Namen „NRWBot“ weiterentwickelt, den öffentliche Einrichtungen in NRW kostenlos nutzen können. Der NRWBot ist ein Basis-Chatbot und verfügt über grundlegende Funktionalitäten der Gesprächsführung. Experten-Bots werden erprobt und ergänzen den NRWBot um weitere Funktionen wie z. B. lokales Wetter, den Rheinpegel oder andere lokale Punkte und Themen. Jede Kommune in NRW kann an den Basis-Chatbot eigenständig Erweiterungen anknüpfen und somit einen kommunalen Chatbot auf Basis von Landestechnologie anbieten. Dieses kostenlose Angebot des NRWbots sollte der Rhein-Kreis Neuss nutzen und individuell weiterentwickeln und ergänzen.

Mit freundlichen Grüßen



Dr. Dieter Welsink
Vorsitzender der
CDU-Kreistagsfraktion
im Rhein-Kreis Neuss



Dirk Rosellen
Vorsitzender der
FDP-Kreistagsfraktion
im Rhein-Kreis Neuss



CDU



**Freie
Demokraten**
Rhein-Kreis
Neuss **FDP**

Fraktionen im Kreistag des Rhein-Kreises Neuss

An den
Vorsitzenden des Finanzausschusses
Herrn Dieter Jüngerkes
Oberstraße 91
41460 Neuss

05. März 2019

Antrag für die Sitzung des Finanzausschusses am 06.03.2019

Beteiligung des Kreises an den Kosten zur Herstellung des Brandschutzes im Feldbahnmuseum Oekhoven

Sehr geehrter Herr Jüngerkes,

die Fraktionen von CDU und FDP bitten Sie, den folgenden Antrag auf die Tagesordnung der Sitzung des Finanzausschusses am 06.03.2019 zu setzen.

Antrag

Die Kreistagsfraktionen von CDU und FDP sprechen sich für eine Beteiligung des Rhein-Kreises Neuss an den Kosten zur Herstellung des Brandschutzes im Feldbahnmuseum Oekhoven aus. Die Beteiligung soll jeweils für 2019 und 2020 bei maximal je 20.000 Euro liegen und bedingt die Beteiligung der Gemeinde Rommerskirchen in einem identischen finanziellen Umfang.

Begründung

Das Feldbahnmuseum Oekhoven besitzt eine große Anziehungskraft auf Besucher aus dem Kreisgebiet und darüber hinaus. Durch die unzureichenden Brandschutzvorkehrungen auf dem Museumsgelände ist der Betrieb der Institution jedoch stark eingeschränkt und für den betreibenden Verein nicht aufrechtzuerhalten.

-1-

CDU-Kreistagsfraktion ▪ Münsterplatz 13a ▪ 41460 Neuss
Telefon: 02131/718850 ▪ Telefax: 02131/7188555 ▪ E-Mail: fraktion@cdu-rheinkreisneuss.de
▪ Internet: www.cdu-rheinkreisneuss.de

FDP-Kreistagsfraktion ▪ Brauereistraße 13 ▪ 41352 Korschenbroich
Telefon: 02161/8299860 ▪ Telefax: 02161/8299861 ▪ E-Mail: info@fdp-rkn.de
▪ Internet: www.fdp-rkn.de

Aufgrund der Besonderheit des Museums, das die kulturelle Landschaft im Kreisgebiet bereichert, sprechen sich die Kreistagsfraktionen von CDU und FDP für eine finanzielle Unterstützung des Trägervereins bei der Herstellung der notwendigen Brandschutzvorkehrungen unter der Voraussetzung aus, dass auch die Gemeinde Rommerskirchen sich in gleicher Höhe beteiligt.

Mit freundlichen Grüßen



Dr. Dieter Welsink
Vorsitzender der
CDU-Kreistagsfraktion
im Rhein-Kreis Neuss



Dirk Rosellen
Vorsitzender der
FDP-Kreistagsfraktion
im Rhein-Kreis Neuss

Fraktionen im Kreistag des Rhein-Kreises Neuss

An den
Vorsitzenden des Finanzausschusses
Herrn Dieter Jüngerkes
Oberstraße 91
41460 Neuss

05. März 2019

Antrag für die Sitzung des Finanzausschusses am 06.03.2019

Initialisierung des Digitalisierungskonzeptes zur Archivierung und Aufbereitung der Kulturgüter im Eigentum des Kreises

Sehr geehrter Herr Jüngerkes,

die Fraktionen von CDU und FDP bitten Sie, den folgenden Antrag auf die Tagesordnung der Sitzung des Finanzausschusses am 06.03.2019 zu setzen.

Antrag

Die Kreistagsfraktionen von CDU und FDP sprechen sich für die Initialisierung des Digitalisierungskonzeptes des Kreises zur Archivierung und Aufbereitung der vorhandenen Kulturgüter im Eigentum des Kreises aus. Die Kosten belaufen sich auf rund 300.000 Euro, verteilt auf fünf Jahre. Dementsprechend werden für 2019 und 2020 jeweils Mittel in Höhe von 60.000 Euro benötigt.

Begründung

Der Kulturausschuss hat bereits in seiner Sitzung im Oktober 2018 dem vom Kreis erarbeiteten Digitalisierungskonzept zugestimmt. Das Konzept sieht zum einen die digitale Archivierung der Kulturgüter des Kreises vor und zum anderen sollen die digitalisierten Daten zukünftig dazu dienen, Ausstellungen multimedial gestalten zu können.

-1-

Die digitale Archivierung der Kulturgüter ist eine der wichtigen Aufgaben, denen sich der Kulturbereich in naher Zukunft stellen muss, um das Vorhandene dauerhaft digital sichern zu können.

Zudem sollen die Möglichkeiten der digitalen Transformation insbesondere im Bereich der Museumspädagogik genutzt werden. Das schafft Freiräume für die Entwicklung guter Ideen um die Kulturgüter insbesondere für jüngere Besucherinnen und Besucher attraktiv zu machen und damit auch identitätsstiftend und Kultur bildend zu wirken.

Mit freundlichen Grüßen



Dr. Dieter Welsink
Vorsitzender der
CDU-Kreistagsfraktion
im Rhein-Kreis Neuss



Dirk Rosellen
Vorsitzender der
FDP-Kreistagsfraktion
im Rhein-Kreis Neuss



CDU



**Freie
Demokraten**
Rhein-Kreis
Neuss **FDP**

Fraktionen im Kreistag des Rhein-Kreises Neuss

An den
Vorsitzenden des Finanzausschusses
Herrn Dieter Jüngerkes
Oberstraße 91
41460 Neuss

05. März 2019

Antrag für die Sitzung des Finanzausschusses am 06.03.2019

Erarbeitung eines „Masterplan Kultur“

Sehr geehrter Herr Jüngerkes,

die Fraktionen von CDU und FDP bitten Sie, den folgenden Antrag auf die Tagesordnung der Sitzung des Finanzausschusses am 06.03.2019 zu setzen.

Antrag

Die Kreistagsfraktionen von CDU und FDP bitten die Verwaltung, einen „Masterplan Kultur“ zu erarbeiten, welcher der Förderung des kulturellen Potenzials aller im Rhein-Kreis Neuss bestehenden Kultureinrichtungen dienen soll. Zur Erarbeitung sollen jeweils für 2019 und 2020 Mittel in Höhe von 20.000 Euro im Kreishaushalt eingestellt werden.

Begründung

Im Rhein-Kreis Neuss besteht eine reiche kulturelle Landschaft. Der Kreis und seine Kommunen verfügen mit ihren Institutionen und mit den privaten Kulturschaffenden über ein vielfältiges und reichhaltiges kulturelles Leben.

Mit der Erarbeitung eines „Masterplan Kultur“ wollen die Kreistagsfraktionen von CDU und FDP die Kulturlandschaft in Zusammenarbeit mit den Kommunen und den Kulturaktiven strukturieren und Handlungsempfehlungen für die positive Entwicklung

-1-

des kulturellen Potenzials formulieren. Dabei sollen Strategien zur Entwicklung, Vernetzung und Vermarktung des vorhandenen kulturellen Potentials der Kreisregion erarbeitet werden und auch regionale Akteure, wie die Metropolregion Rheinland, der Landschaftsverband Rheinland, der Kulturraum Niederrhein e. V., der Region Köln/Bonn e.V. und grenzüberschreitende Kulturregionen miteinbezogen werden. Der Bereich der Kultur ist unverzichtbarer Bestandteil der gesellschaftlichen wirtschaftlichen, touristischen und politischen Entwicklung im Rhein-Kreis Neuss. Ein attraktiver Wohn- und Wirtschaftsstandort bedingt ein reichhaltiges kulturelles Leben. Da die Entwicklung dieser Strategien die Einbindung eines Gutachters bedingt, setzen sich CDU und FDP für eine Mittelfreigabe von 20.000 Euro, sowohl für 2019 als auch 2020 ein.

Mit freundlichen Grüßen



Dr. Dieter Welsink
Vorsitzender der
CDU-Kreistagsfraktion
im Rhein-Kreis Neuss



Dirk Rosellen
Vorsitzender der
FDP-Kreistagsfraktion
im Rhein-Kreis Neuss

Fraktionen im Kreistag des Rhein-Kreises Neuss

An den
Vorsitzenden des Finanzausschusses
Herrn Dieter Jüngerkes
Oberstraße 91
41460 Neuss

05. März 2019

Antrag für die Sitzung des Finanzausschusses am 06.03.2019

Anhebung der Beitragsfreigrenze für Kita-Elternbeiträge

Sehr geehrter Herr Jüngerkes,

die Fraktionen von CDU und FDP bitten Sie, den folgenden Antrag auf die Tagesordnung der Sitzung des Finanzausschusses am 06.03.2019 zu setzen.

Antrag

Der Rhein-Kreis Neuss - speziell das Kreisjugendamt - wird beauftragt Gespräche mit den Bürgermeister der Kreisjugendamtskommunen Jüchen, Korschenbroich und Rommerskirchen zu führen, um die Beitragsfreigrenze für Kita-Elternbeiträge von bisher 20.000 Euro auf einen angemessenen Wert, der sich an den anderen Kommunen im Kreis orientiert, zu erhöhen.

Begründung

Die Kommunen im Rhein-Kreis Neuss die nicht zum Kreisjugendamtsbezirk gehören (dazu zählen Dormagen, Grevenbroich, Kaarst, Meerbusch und Neuss) haben Ihre Beitragsfreigrenzen in den vergangenen Jahren noch oben hin angepasst und liegen regelmäßig über dem Wert im Kreisjugendamtsbezirk.

Das Land NRW reformiert aktuell das Kinderbildungsgesetz (Kibiz) und führt eine

-1-

Beitragsfreiheit für das 2. Kita-Jahr ein. Unter Berücksichtigung der finanziellen Möglichkeiten unserer Städte und der Gemeinde erscheint darüber hinaus ein Handlungsbedarf bei der Höhe der Freibetragsgrenze, um die einkommensschwächeren Familien im Kreisjugenamtsbezirk zu entlasten, eine Angleichung innerhalb des Kreises zu fördern und damit insgesamt die Familienfreundlichkeit im Rhein-Kreis Neuss weiter zu steigern.

Mit freundlichen Grüßen



Dr. Dieter Welsink
Vorsitzender der
CDU-Kreistagsfraktion
im Rhein-Kreis Neuss



Dirk Rosellen
Vorsitzender der
FDP-Kreistagsfraktion
im Rhein-Kreis Neuss



CDU



**Freie
Demokraten**
Rhein-Kreis
Neuss **FDP**

Fraktionen im Kreistag des Rhein-Kreises Neuss

An den
Vorsitzenden des Finanzausschusses
Herrn Dieter Jüngerkes
Oberstraße 91
41460 Neuss

05. März 2019

Antrag für die Sitzung des Finanzausschusses am 06.03.2019

Einstellung von Planungsmittel für bedeutende Sportstättenprojekte

Sehr geehrter Herr Jüngerkes,

die Fraktionen von CDU und FDP bitten Sie, den folgenden Antrag auf die Tagesordnung der Sitzung des Finanzausschusses am 06.03.2019 zu setzen.

Antrag

Die Kreistagsfraktionen von CDU und FDP sprechen sich für die Einstellung von Planungsmitteln für bedeutende Sportstättenprojekte, wie einer neuen Säbelfechthalle in Dormagen, der Radsporthalle Büttgen und einem Wildwasserpark in Dormagen in Höhe von 200.000 Euro im Kreishaushalt 2019/2020 aus.

Begründung

Der Rhein-Kreis Neuss ist Leistungssportstandort und setzt sich stets für die Belange der Athletinnen und Athleten in seinen Bundes- und Landesleistungsstützpunkten ein. Um die Stützpunkte der Leitsportarten unserer Region zu halten, sind Investitionen in Sportstätten notwendig, die zunächst Planungskosten auslösen. Wenn der Rhein-Kreis Neuss weiterhin einer der herausragenden Stützpunkte in den Bereichen Fechten, Bahnradsport und Kanusport in Nordrhein-Westfalen und Deutschland bleiben möchte, ist eine finanzielle Beteiligung an den entstehenden

-1-

Planungskosten unabdingbar. Die Beteiligung des Kreises sollte dabei von der Bereitschaft der jeweiligen Standortkommune abhängig gemacht werden, sich in adäquater Weise an den entstehenden Kosten zu beteiligen.

Mit freundlichen Grüßen



Dr. Dieter Welsink
Vorsitzender der
CDU-Kreistagsfraktion
im Rhein-Kreis Neuss



Dirk Rosellen
Vorsitzender der
FDP-Kreistagsfraktion
im Rhein-Kreis Neuss

Fraktionen im Kreistag des Rhein-Kreises Neuss

An den
Vorsitzenden des Finanzausschusses
Herrn Dieter Jüngerkes
Oberstraße 91
41460 Neuss

05. März 2019

Antrag für die Sitzung des Finanzausschusses am 06.03.2019

Zuschuss zur Trainer- und Übungsleiterausbildung

Sehr geehrter Herr Jüngerkes,

die Fraktionen von CDU und FDP bitten Sie, den folgenden Antrag auf die Tagesordnung der Sitzung des Finanzausschusses am 06.03.2019 zu setzen.

Antrag

Die Kreistagsfraktionen von CDU und FDP sprechen sich für einen Zuschuss für die Sportvereine im Rhein-Kreis Neuss zur Ausbildung der Trainer und Übungsleiter in Form eines Kontingentes in Höhe von jeweils 20.000 Euro für 2019 und 2020 aus.

Begründung

Der Rhein-Kreis Neuss verfügt über einen vitalen Leistungs- und Breitensportbereich. Viele ehrenamtlich tätige Trainerinnen und Trainer sowie Übungsleiterinnen und Übungsleiter bilden dabei das Rückgrat der Vereinsstrukturen. Sie trainieren über ein Fünftel der Bevölkerung im Rhein-Kreis Neuss in den unterschiedlichsten Sportarten. Zur Sicherstellung einer ausreichenden fachlichen Qualität ist eine regelmäßige anerkannte Fort- und Weiterbildung erforderlich.

Die Gebühren für die Fort- und Weiterbildung können zum Teil hohe finanzielle Mittel binden. Daher wollen die Kreistagsfraktionen von CDU und FDP die Trainerinnen

-1-

und Trainer sowie Übungsleiterinnen und Übungsleiter für Maßnahmen und Angebote in kreisangehörigen Vereinen, die Mitglied im Sportbund des Rhein-Kreises Neuss sind, in Form eines Kontingentes finanziell unterstützen und so den Leistungs- und Breitensport sowie seine ehrenamtlichen Strukturen stärken. Konkret sollen Festbetragsförderungen für den Erwerb von C-, B-, A-Lizenzen wie folgt gewährt werden: für eine C-Lizenz ein Betrag von 100 Euro, für eine B-Lizenz von 250 Euro und für eine A-Lizenz von 300 Euro.

Mit freundlichen Grüßen



Dr. Dieter Welsink
Vorsitzender der
CDU-Kreistagsfraktion
im Rhein-Kreis Neuss



Dirk Rosellen
Vorsitzender der
FDP-Kreistagsfraktion
im Rhein-Kreis Neuss



CDU



**Freie
Demokraten**
Rhein-Kreis
Neuss **FDP**

Fraktionen im Kreistag des Rhein-Kreises Neuss

An den
Vorsitzenden des Finanzausschusses
Herrn Dieter Jüngerkes
Oberstraße 91
41460 Neuss

05. März 2019

Antrag für die Sitzung des Finanzausschusses am 06.03.2019

Aufbau eines Innovations- und Investitionsprogramms für kleine und mittelständische Unternehmen

Sehr geehrter Herr Jüngerkes,

die Fraktionen von CDU und FDP bitten Sie, den folgenden Antrag auf die Tagesordnung der Sitzung des Finanzausschusses am 06.03.2019 zu setzen.

Antrag

Die Kreistagsfraktionen von CDU und FDP sprechen sich für den Aufbau eines Innovations- und Investitionsprogramms für den Rhein-Kreis Neuss (INNO-RKN) zur Förderung von Innovationen und Investitionen von kleinen und mittelständigen Unternehmen aus. Die dazu notwendigen Mittel in Höhe von jährlich bis zu 300.000 Euro sollen dem für den Strukturwandel einrichteten Etat in Höhe von 1 Million Euro entnommen werden.

Begründung

Die kleinen und mittelständigen Unternehmen (KMU) bilden eine wesentliche wirtschaftliche Säule im Rhein-Kreises Neuss. Im Zuge des Strukturwandels wird es insbesondere darauf ankommen, diese Unternehmen in ihrer Fortentwicklung zu unterstützen. Notwendig sind Innovationen und ein innovations- und

-1-

gründungsfreudiges Klima im Rhein-Kreis Neuss. Zur Herstellung dieser Voraussetzungen setzen sich die Kreistagsfraktionen von CDU und FDP für den Aufbau eines Innovations- und Investitionsprogramms, welches Unternehmen bei Innovation, Digitalisierung sowie Technologie und Wissenstransfer durch Vergabe von Fördermitteln finanziell unterstützen soll, ein und setzten damit einen Baustein der im Kreisausschuss vorgestellte Digitalisierungsstrategie für die Wirtschaft im Rhein-Kreis Neuss um. INNO-RKN profiliert den Rhein-Kreis Neuss als Gründer-Region weiter, als es das Starter-Center Rhein-Kreis Neuss und das Gründerstipendium NRW bereits tun und bietet damit eine zukunftsweisende Ergänzung dieser Institutionen.

Mit freundlichen Grüßen



Dr. Dieter Welsink
Vorsitzender der
CDU-Kreistagsfraktion
im Rhein-Kreis Neuss



Dirk Rosellen
Vorsitzender der
FDP-Kreistagsfraktion
im Rhein-Kreis Neuss



CDU



**Freie
Demokraten**
Rhein-Kreis
Neuss **FDP**

Fraktionen im Kreistag des Rhein-Kreises Neuss

An den
Vorsitzenden des Finanzausschusses
Herrn Dieter Jüngerkes
Oberstraße 91
41460 Neuss

05. März 2019

Antrag für die Sitzung des Finanzausschusses am 06.03.2019

Strukturwandel – Erhebung zu den Folgewirkungen

Sehr geehrter Herr Jüngerkes,

die Fraktionen von CDU und FDP bitten Sie, den folgenden Antrag auf die Tagesordnung der Sitzung des Finanzausschusses am 06.03.2019 zu setzen.

Antrag

Die Verwaltung wird gebeten, in einem Gesamtüberblick die Folgewirkung des Ausstiegs aus der Braunkohle darzustellen. Hierzu kann auf Angaben von RWE zurückgegriffen werden. Als Alternative bietet sich die Durchführung einer Studie an, die eine Hochschule im Rahmen einer Projektarbeit mit den Studenten durchführen könnte.

Begründung

Der bevorstehende Ausstieg Deutschlands aus der Braunkohle hat auch große Auswirkungen auf den Rhein-Kreis Neuss. Das betrifft nicht nur die Energieunternehmen wie zum Beispiel RWE, sondern auch viele kleine und mittelständische Betriebe als Dienstleister und Zulieferer in diesem Bereich sowie auch die bei uns ansässige energieintensive Industrie. Für die strategische Planung auf kurz-, mittel- und langfristige Sicht ist ein umfassender Gesamtüberblick wichtig,

-1-

der aufzeigt, wie die Multiplikatorwirkung der Energiewende bei uns im Kreis konkret aussieht und wer davon wie betroffen ist. Hierzu sollte der Kontakt zu den Hochschulen in der Umgebung gesucht werden, um das Thema gegebenenfalls im Rahmen einer Studienarbeit zu analysieren.

Mit freundlichen Grüßen



Dr. Dieter Welsink
Vorsitzender der
CDU-Kreistagsfraktion
im Rhein-Kreis Neuss



Dirk Rosellen
Vorsitzender der
FDP-Kreistagsfraktion
im Rhein-Kreis Neuss

SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS

KREISTAGSFRAKTION IM RHEIN-KREIS NEUSS

www.die-spd-kreistagsfraktion.de



SPD-KREISTAGSFRAKTION | PLATZ DER REPUBLIK 11 | 41515 GREVENBROICH

An den
Vorsitzenden des Finanzausschusses
Herrn Dieter Jüngerkes
Kreisverwaltung

41460 Neuss

SPD-Kreistagsfraktion
Fraktionsgeschäftsstelle

Willy-Brandt-Haus
Platz der Republik 11
41515 Grevenbroich

Tel: 02181 / 2250 20

Fax: 02181 / 2250 40

Mobil: 0173 / 7674919

Mail: kreistagsfraktion@
spd-kreis-neuss.de

25. Februar 2019

Sitzung des Finanzausschusses am 6. März 2019

Sehr geehrter Herr Jüngerkes,

die SPD-Fraktion beantragt eine Aufstockung der HHST 54312000 (u.a. Öffentlichkeitsarbeit) beim Kulturzentrum Sinsteden mindestens auf den bisherigen Betrag von 5.000 €.

Begründung:

Das Kulturzentrum Sinsteden organisiert mit Unterstützung des Fördervereins ‚Freunde des Kulturzentrums Sinsteden e.V.‘, der Gemeinde Rommerskirchen u.a. seit dem vergangenen Jahr die Konzertreihe „Sinstedener Klassik“. Die Konzerte werden inzwischen gut angenommen. Dies gilt besonders für das letzte Konzert, für das aufgrund finanzieller Unterstützung des Fördervereins intensiv Werbung gemacht werden konnte. Weil dieser aber die Unterstützung auf Dauer nicht leisten kann, sollte das Kulturzentrum in die Lage versetzt werden, eigene Mittel einzusetzen. Da die Mittel für Öffentlichkeitsarbeit im Haushalt gekürzt wurden und im Vergleich zu anderen Kultureinrichtungen sehr gering ausfallen, ist hier eine Erhöhung sinnvoll. Der größere Verkauf von Eintrittskarten wirkt sich natürlich auch positiv auf die Einnahmesituation aus.

Zu prüfen ist, ob für die Konzertreihe eine eigene Haushaltsstelle eingerichtet werden sollte oder ob der Förderverein aus der HHSt 54310100 (Förderung kultureller Aktivitäten) unterstützt werden kann.

Mit freundlichen Grüßen

Rainer Thiel
-Vorsitzender-

Geschäftsstelle:

Frau Brigitte Baasch, Referentin
Mail: brigittebaasch.ktf@t-online.de
Frau Gaby Schillings, Mitarbeiterin
Mail: gabyschillings.ktf@t-online.de

Kontoverbindung:

Sparkasse Neuss
IBAN: DE87305500000059111054
BIC: WELA DE DN

Öffnungszeiten:

Montag bis Donnerstag
von 8:00 bis 15:30 Uhr

SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS

KREISTAGSFRAKTION IM RHEIN-KREIS NEUSS

www.die-spd-kreistagsfraktion.de



SPD-KREISTAGSFRAKTION | PLATZ DER REPUBLIK 11 | 41515 GREVENBROICH

An den
Vorsitzenden des Finanzausschusses
Herrn Dieter Jüngerkes
Kreisverwaltung

41460 Neuss

SPD-Kreistagsfraktion
Fraktionsgeschäftsstelle

Willy-Brandt-Haus
Platz der Republik 11
41515 Grevenbroich

Tel: 02181 / 2250 20

Fax: 02181 / 2250 40

Mobil: 0173 / 7674919

Mail: kreistagsfraktion@
spd-kreis-neuss.de

25. Februar 2019

Sitzung des Finanzausschusses am 6. März 2019:

Unterstützung des Feldbahnmuseums

Die SPD-Kreistagsfraktion im Rhein-Kreis Neuss beantragt die Bereitstellung von 50.000 Euro zur Unterstützung der Umsetzung von Brandschutzmaßnahmen im Feldbahnmuseum Rommerskirchen.

Begründung:

Das Feldbahnmuseum in Rommerskirchen hat dank seines kulturellen, touristischen und gesellschaftlichen Wertes eine kreisweite und sogar überregionale Bedeutung. Deren Betreiber wurden deshalb Anfang 2018 vom Landschaftsverband Rheinland für ihre Verdienste mit dem Rheinlandtaler ausgezeichnet.

Durch eine mittlerweile aufgehobene Ordnungsverfügung des Rhein-Kreises Neuss, die einen Betrieb des Museums in der einnahmenstarken Phase nicht zuließ (Nikolausfahrten), ist der ehrenamtlich getragene Verein in eine erhebliche finanzielle Schräglage mit existenzbedrohendem Ausmaß geraten. Zugleich hat der Verein in diesem Zuge zahlreiche engagierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter verloren.

Solidarität erfuhrt der Verein aus Gesellschaft, Vereinswesen und Politik der Gemeinde Rommerskirchen, die in zahlreichen Aktionen zur finanziellen Unterstützung des Feldbahnmuseums aufriefen, damit dieser die erforderlichen Brandschutzmaßnahmen umsetzen kann. Nun ist der Rhein-Kreis Neuss am Zuge, sich dieser Welle der Solidarität anzuschließen.

Mit freundlichen Grüßen

Rainer Thiel, Vorsitzender

Geschäftsstelle:

Frau Brigitte Baasch, Referentin

Mail: brigittebaasch.ktf@t-online.de

Frau Gaby Schillings, Mitarbeiterin

Mail: gabyschillings.ktf@t-online.de

Kontoverbindung:

Sparkasse Neuss

IBAN: DE8730550000059111054

BIC: WELA DE DN

Öffnungszeiten:

Montag bis Donnerstag
von 8:00 bis 15:30 Uhr

SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS

KREISTAGSFRAKTION IM RHEIN-KREIS NEUSS

www.die-spd-kreistagsfraktion.de



SPD-KREISTAGSFRAKTION | PLATZ DER REPUBLIK 11 | 41515 GREVENBROICH

An den
Vorsitzenden des Finanzausschusses
Herrn Dieter Jüngerkes

Kreisverwaltung
41460 Neuss

SPD-Kreistagsfraktion
Fraktionsgeschäftsstelle

Willy-Brandt-Haus
Platz der Republik 11
41515 Grevenbroich

Tel: 02181 / 2250 20

Fax: 02181 / 2250 40

Mobil: 0173 / 7674919

Mail: kreistagsfraktion@
spd-kreis-neuss.de

25. Februar 2019

Sitzung des Finanzausschusses am 6. März 2019:

RB 39: Machbarkeitsstudie für eine S-Bahn Köln-Bedburg-Grevenbroich-Neuss-Düsseldorf

Die SPD-Kreistagsfraktion im Rhein-Kreis Neuss beantragt die Durchführung/ Vergabe einer Machbarkeitsstudie zur Umwandlung der Linie RB 39 zu einer durchgehenden S-Bahnlinie von Köln über Bedburg, Grevenbroich, Neuss nach Düsseldorf. Sollten die dadurch entstehenden Kosten nicht durch den Verkehrsverbund Rhein-Ruhr (VRR) getragen werden, soll die Machbarkeitsstudie auf Kosten des Rhein-Kreises Neuss durchgeführt werden. Dafür sollen im Haushalt 2019 50.000 Euro eingesetzt werden.

Begründung:

- **Maßnahme im Rahmen des Strukturwandels:** Zur Schaffung neuer und gut bezahlter Arbeitsplätze braucht es Verkehrsprojekte, wie die Umwidmung von Regionalbahnen zu S-Bahnen. Gut getaktete Verbindungen nach Köln, Düsseldorf und Mönchengladbach schaffen Mobilität für (künftige) ArbeitnehmerInnen. Eine Machbarkeitsstudie wäre eine gute Grundlage, um das Vorhaben als konkretes Projekt in eine besondere Förderung im Rahmen des Strukturwandels des Bundes oder Landes einzubringen.
- **Bevölkerungswachstum im Rheinland:** Derzeit leben 450T Menschen im Rhein-Kreis Neuss, etwa 100T im Süden, in Grevenbroich, Jüchen und Rommerskirchen. Laut Berechnung von IT.NRW ist ausgehend von 2014 (440T EinwohnerInnen) mit einer Steigerung von 25T bzw. 5,7 Prozent bis 2040 zu rechnen. Damit wächst der Rhein-Kreis Neuss bzw. das Rheinland mit Düsseldorf und Köln entgegen des NRW-Trends, der von einem Bevölkerungsrückgang ausgeht. Damit einher geht ein Mehrbedarf an öffentlichen Verkehrsangeboten in unserer Region.

Geschäftsstelle:

Frau Brigitte Baasch, Referentin
Mail: brigittebaasch.ktf@t-online.de
Frau Gaby Schillings, Mitarbeiterin
Mail: gabyschillings.ktf@t-online.de

Kontoverbindung:

Sparkasse Neuss
IBAN: DE8730550000059111054
BIC: WELA DE DN

Öffnungszeiten:

Montag bis Donnerstag
von 8:00 bis 15:30 Uhr

SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS

KREISTAGSFRAKTION IM RHEIN-KREIS NEUSS

www.die-spd-kreistagsfraktion.de

SPD-KREISTAGSFRAKTION | PLATZ DER REPUBLIK 11 | 41515 GREVENBROICH

- **Einbindung in den Regionalverkehr:** Düsseldorf und Köln sind Hauptverkehrsknotenpunkte in der Metropolregion im Rheinland. Von Düsseldorf im Norden starten zahlreiche S- und Regional-Bahnen ins Ruhrgebiet (inkl. Anbindung an den RRX), die Aachener Region, ins Bergische Land, bis hoch in den Münsteraner Raum. Ähnliche Möglichkeiten stehen durch den Kölner Hauptbahnhof und den Haltepunkt Messe/Deutz offen.
- **Angebot schafft Nachfrage:** Das beste Beispiel für diesen Grundsatz ist mit der S28 der RegioBahn gegeben. Laut Angaben des Verkehrsunternehmens sind die täglichen Fahrgastzahlen von 4.800 (1999) auf rund 23.000 (2017) gestiegen. Beim Grundsatz „Angebot schafft Nachfrage“ ist laut Heinrich-Böll-Stiftung zu beachten: „Wichtig sind auch Pünktlichkeit, ein dichter Takt und Verbindungen mit kurzen Umsteigezeiten. Denn der Faktor Zeit ist für Fahrgäste zentral.“ Dies wäre mit einer S-Bahn gegeben.
- **Demografische Entwicklung:** Laut Zensus 2011 sind von 440T Menschen im Rhein-Kreis Neuss beinahe 91.000 (21 Prozent) mindestens 65 Jahre alt – Tendenz steigend. Damit ändert sich auch das Mobilitätsverhalten und die daran gestellten Anforderungen. Hier braucht es einen gut ausgebauten und barrierefreien Nahverkehr, um gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen.
- **Reduktion des Individual-/ PKW-Verkehrs:** Die A46 gehört laut ADAC mit ca. 36.000 km pro Jahr zu den längsten Staustraßen NRWs. 2018 pendelten täglich rund 50.000 Menschen aus dem Rhein-Kreis Neuss nach Düsseldorf (Pendleratlas NRW). Werden diese Menschen in unserer Region von der Straße auf die Schiene geholt, senkt das den Individualverkehr und entlastet die Straßen und Autobahnen.
- **Modernisierung der Bahnanlagen und -fahrzeuge:** Grevenbroich, Gustorf und Frimmersdorf sind Haltestellen der jetzigen Linie RB 39, die zahlreiche, in Falle von Gustorf gar gravierende Defizite vorweisen. Das ist das Ergebnis VRR-Stationsberichtes 2013. Eine Umwidmung der Strecke zur S-Bahn könnte mit einer Modernisierung der Streckenanlagen und Haltestellen einhergehen.

Mit freundlichen Grüßen



Rainer Thiel, Vorsitzender

Geschäftsstelle:

Frau Brigitte Baasch, Referentin

Mail: brigittebaasch.ktf@t-online.de

Frau Gaby Schillings, Mitarbeiterin

Mail: gabyschillings.ktf@t-online.de

Kontoverbindung:

Sparkasse Neuss

IBAN: DE87305500000059111054

BIC: WELA DE DN

Öffnungszeiten:

Montag bis Donnerstag
von 8:00 bis 15:30 Uhr

SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS

KREISTAGSFRAKTION IM RHEIN-KREIS NEUSS

www.die-spd-kreistagsfraktion.de



SPD-KREISTAGSFRAKTION | PLATZ DER REPUBLIK 11 | 41515 GREVENBROICH

An den
Vorsitzenden des Finanzausschusses
Herrn Dieter Jüngerkes
Kreisverwaltung

41460 Neuss

SPD-Kreistagsfraktion
Fraktionsgeschäftsstelle

Willy-Brandt-Haus
Platz der Republik 11
41515 Grevenbroich

Tel: 02181 / 2250 20

Fax: 02181 / 2250 40

Mobil: 0173 / 7674919

Mail: [kreistagsfraktion@
spd-kreis-neuss.de](mailto:kreistagsfraktion@spd-kreis-neuss.de)

26. Februar 2019

Sitzung des Finanzausschusses am 6. März 2019:

Antrag: Bereitstellung von Finanzmitteln für das „Bündnis für Insektenschutz“

Sehr geehrter Herr Jüngerkes,

die SPD-Kreistagsfraktion beantragt für das neu beschlossene „Bündnis für Insektenschutz“ die Bereitstellung von je 15.000 € für die Haushaltsjahre 2019 und 2020, die z.B. durch Aufstockung der Haushaltsstelle 5240030 Biotop- und Artenschutz in den Haushalt veranschlagt werden könnten.

Begründung:

In der Sitzung des Planungs- und Umweltausschusses am 21.02.2019 wurde einstimmig beschlossen, zusammen mit den kreisangehörigen Kommunen, ein „Bündnis zum Insektenschutz“ zu schaffen, in dem erfolgreiche Maßnahmen und Konzepte gegen das Insektensterben entwickelt und umgesetzt werden können. Jede Kommune kann so ihre Erfahrungen mit eigenen Maßnahmen einbringen und sich mit den anderen Kommunen austauschen. Für die Arbeit des Bündnisses müssen auch Finanzmittel bereitgestellt werden. Die Mittel können z.B. für konkrete Maßnahmen zum Insektenschutz verwendet werden. In der Sitzung wurde aber auch deutlich, dass die Bevölkerung guten Willens ist, aber oft noch zu wenig weiß, was sie selbst tun kann. Hier könnte durch geeignete Mittel Aufklärungsarbeit geleistet werden. Zudem sind sicher Expertenanhörungen oder Runde Tische nötig, um Fachwissen zu koordinieren und Konzepte zu entwickeln.

Mit freundlichen Grüßen

Rainer Thiel, Vorsitzender

Geschäftsstelle:

Frau Brigitte Baasch, Referentin

Mail: brigittebaasch.ktf@t-online.de

Frau Gaby Schillings, Mitarbeiterin

Mail: gabyschillings.ktf@t-online.de

Kontoverbindung:

Sparkasse Neuss

IBAN: DE8730550000059111054

BIC: WELA DE DN

Öffnungszeiten:

Montag bis Donnerstag
von 8:00 bis 15:30 Uhr

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN KTF, SCHULSTR. 1, 41460 NEUSS

An den Vorsitzenden des
Finanzausschusses im Rhein-Kreis Neuss
Herrn Dieter Jüngerkes

per Email: djuengerkes@t-online.de

Neuss, 22. Februar 2019
Marco Becker/Jenny Olpen

Fraktion im Rhein-Kreis Neuss

Erhard Demmer
Fraktionsvorsitzender



Schulstraße 1
41460 Neuss
Tel: +49 (2131) 1666-81
Fax: +49 (2131) 1666-83
fraktion@gruene-rkn.de

Finanzielle Entlastung von Eltern mit Kindern in Kindertagesbetreuung

Sehr geehrter Herr Jüngerkes,

die Kreistagsfraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bittet Sie, den folgenden Antrag auf die Tagesordnung der Sitzung des Finanzausschusses am 06. März 2019 zu setzen:

1. Die Betreuung von Kindern im Alter von 3 Jahren bis zum Schuleintritt in Tageseinrichtungen für Kinder (Kitas) und in der Kindertagespflege wird ab dem Kindergartenjahr 2019/2020 in allen Einkommensstufen beitragsfrei.
2. Für alle Kinder in Tageseinrichtungen (Kitas) und in der Kindertagespflege gilt ab dem Kindergartenjahr 2019/2020 eine Beitragsfreiheit bei der Mittagsverpflegung bzw. das Essensgeld, sofern die Eltern Leistungen nach SGB II, dem Asylbewerberleistungsgesetz, Wohngeld oder einen Kinderzuschlag erhalten.

Dafür wird die Verwaltung beauftragt, einen entsprechenden Satzungsentwurf zu erarbeiten.

Der Landrat wird außerdem aufgefordert, mit den Spitzen der kreisangehörigen Gemeinden mit eigenem Jugendamt zu sprechen mit dem Ziel, auch dort Eltern entsprechend finanziell zu entlasten. Die geplante Senkung der Kreisumlage schafft hierfür Spielräume.

Begründung:

Verschiedenen Berechnungen zufolge betragen die Kosten eines Kindes bis zum 18. Lebensjahr ungefähr 130.000 Euro. Eltern werden zwar durch verschiedene Leistungen wie dem Kindergeld finanziell unterstützt, der Familienlastenausgleich erreicht aber bei weitem nicht die Kosten eines Kindes.

Um Eltern finanziell besser zu stellen werden aus Bundesmitteln, Landesmitteln und kommunalen Mitteln (z. B. in Düsseldorf) Elternbeiträge für Kindertagesbetreuung sukzessive abgeschafft. Die schwarz-gelbe Landesregierung finanziert bereits jetzt ein Jahr Beitragsfreiheit und hat angekündigt, aus Bundesmitteln ein weiteres Jahr beitragsfrei zu stellen. Auch der Rhein-Kreis Neuss sollte sich in seinem Jugendamtsbezirk an der finanziellen Entlastung von Eltern beteiligen.

Die Entlastung von Familien durch die Bundes- und Landesregierung NRW hat allerdings eine soziale Schieflage, da hiervon nur Eltern finanziell profitieren, die aufgrund eigenen Einkommens keine öffentlichen Leistungen erhalten.

Anders ausgedrückt:

Elternbeitragsfreiheit und auch andere Leistungen des Bundes (z. B. Baukindergeld) entlastet ausschließlich Familien mit einem Einkommen, ab dem die Beitragspflicht greift. Arme Familien bezahlen keine Elternbeiträge, haben aber ansonsten ähnliche Kosten. Um hier einen sozialen Ausgleich zu schaffen, sollen künftig auch arme Familien finanziell bessergestellt werden.

Eine kostenfreie Kindertagesbetreuung wird voraussichtlich eine noch höhere Inanspruchnahme von Plätzen nach sich ziehen. Daher sind Maßnahmen zu einem deutlich stärkeren Ausbau der Kindertagesbetreuung zu ergreifen (siehe gesonderten Antrag).

Mit freundlichen Grüßen



Erhard Demmer
Fraktionsvorsitzender

gez. Marco Becker
Kreistagsabgeordneter

D/ Kreistagsbüro und Fraktionsgeschäftsstellen im Rhein-Kreis Neuss - per Email

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN KTF, SCHULSTR. 1, 41460 NEUSS

An den Vorsitzenden des
Finanzausschusses im Rhein-Kreis Neuss
Herrn Dieter Jüngerkes

per Email: djuengerkes@t-online.de

Neuss, 22. Februar 2019
Marco Becker/Jenny Olpen

Fraktion im Rhein-Kreis Neuss

Erhard Demmer
Fraktionsvorsitzender



Schulstraße 1
41460 Neuss
Tel: +49 (2131) 1666-81
Fax: +49 (2131) 1666-83
fraktion@gruene-rkn.de

Ausbau der Kindertagesbetreuung im Jugendamtsbezirk Rhein-Kreis Neuss

Sehr geehrter Herr Jüngerkes,

die Kreistagsfraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bittet Sie, den folgenden Antrag auf die Tagesordnung der Sitzung des Finanzausschusses am 06. März 2019 zu setzen:

Die Kreisverwaltung wird beauftragt, mit den Städten im Jugendamtsbezirk eine Ausbauplanung zur Kindertagesbetreuung abzustimmen und den zuständigen Gremien des Kreises zeitnah vorzulegen, damit ca. 50 % aller U3-Kinder einen Betreuungsplatz erhalten. Die Ausbaukosten sollen durch Inanspruchnahme der vorhandenen Fördermittel des Bundes und des Landes anteilig refinanziert werden.

Begründung:

Trotz des Ausbaus der Kindertagesbetreuung stagniert die Versorgung mit Betreuungsplätzen für Kinder unter 3 Jahren bei ca. einem Drittel in den letzten Jahren. Gründe dafür sind die steigenden Geburtenzahlen, der starke Zuzug und nicht zuletzt die immer weiter steigende Erwerbsquote von Frauen. Die zu erwartende sukzessive Abschaffung von Elternbeiträgen kann zu einem weiter steigenden Interesse auf die dann kostenlosen Kita-Plätze führen.

Viele Eltern haben den Wunsch, nach der Geburt eines Kindes schnell wieder in den Beruf zurückzukehren. Häufig gelingt es aber nicht, den ersehnten Platz in einer Kita zu erhalten, weil es an Betreuungsplätzen fehlt. Nach einer jährlich vom Deutschen Jugendinstitut durchgeführten Elternbefragung wünschen sich immer mehr Eltern für ihre Kinder einen Platz in der Kindertagesbetreuung: Im Jahr 2017 haben 45 % der Eltern von unter 3-Jährigen diesen Wunsch geäußert.

Aufgrund der niedrigen Arbeitslosigkeit und dem jedes Jahr immer stärker steigenden Elternwunsch nach U3-Kindertagesbetreuung muss sich die Ausbauplanung an einem realistischen Bedarf von ca. 50 % orientieren. Die hierfür notwendigen Mittel des Kreises sind im Haushaltsentwurf vorzusehen.

Mit freundlichen Grüßen



Erhard Demmer
Fraktionsvorsitzender

gez. Marco Becker
Kreistagsabgeordneter

D/ Kreistagsbüro und Fraktionsgeschäftsstellen im Rhein-Kreis Neuss - per Email

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN KTF, SCHULSTR. 1, 41460 NEUSS

An den Vorsitzenden des
Finanzausschusses im Rhein-Kreis Neuss
Herrn Dieter Jüngerkes

per Email: djuengerkes@t-online.de

Neuss, 22. Februar 2019
Nilab Fayaz/Jenny Olpen

Fraktion im Rhein-Kreis Neuss

Erhard Demmer
Fraktionsvorsitzender



Schulstraße 1
41460 Neuss
Tel: +49 (2131) 1666-81
Fax: +49 (2131) 1666-83
fraktion@gruene-rkn.de

Fortbildungszuschüsse für Übungsleiter*innen und Trainer*innen - Stärkung des Ehrenamts

Sehr geehrter Herr Jüngerkes,

die Kreistagsfraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bittet Sie, den folgenden Antrag auf die Tagesordnung der Sitzung des Finanzausschusses am 06. März 2019 zu setzen:

Wir beantragen zur Stärkung des sportlichen Ehrenamts Mittel in Höhe von mindestens € 40.000 im Doppel-Haushalt 2019/2020 einzustellen. Im Hinblick auf die konkrete Höhe der Mittel wird angeregt, dass der Kreis Sportbund eine Kostenschätzung vornimmt.

Begründung:

Sport spielt im Rhein-Kreis Neuss eine große Rolle. Mehr als ein Fünftel der Einwohner*innen (ca. 120.000) sind Mitglieder in den fast 350 Sportvereinen im Rhein-Kreis Neuss und betreiben sowohl Leistungssport als auch Breitensport. Sie werden insbesondere von ehrenamtlich tätigen Übungsleiter*innen sowie Trainer*innen in den Vereinen trainiert, welche sich insbesondere auch aufgrund des Fortschritts im Sport ständig fort- und weiterbilden.

Der Sportbund Rhein-Kreis Neuss, die Deutsche Sporthochschule Köln sowie andere Kreissportbünde bieten zahlreiche sehr gute Fortbildungen an, die auch von unseren Übungsleiter*innen und Trainer*innen sehr gerne angenommen werden. Die Fort- und Weiterbildungsgebühren liegen teilweise etwa zwischen 45 € bis über 600 €, wobei es etwa eine geringe Ermäßigung für die jeweiligen Vereinsmitglieder gibt.

Wären die Kosten etwas erschwinglicher, würden viele unserer Übungsleiter*innen und Trainer*innen sich jährlich fort- oder weiterbilden können und könnten sogar an mehreren Bildungsangeboten pro

Jahr teilnehmen. So können sie ihr Wissen an die Sportler*innen weitergeben, die noch mehr motiviert werden, Sport zu treiben.

Als Zeichen der Anerkennung für die ehrenamtliche Tätigkeit setzt sich daher die Kreistagsfraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dafür ein, dass 50 % der Fortbildungs-/Weiterbildungsgebühren (dies gilt auch für die reduzierten Gebühren) für die in den Sportvereinen des RKN tätigen Übungsleiter*innen und Trainer*innen übernommen werden bzw. dass diese Übungsleiter*innen und Trainer*innen im Ergebnis um 50 % geminderte Fort- und Weiterbildungsgebühren zahlen.

Mit freundlichen Grüßen



Erhard Demmer
Fraktionsvorsitzender

gez. LL.M. Nilab Fayaz
Kreistagsabgeordnete

D/ Kreistagsbüro und Fraktionsgeschäftsstellen im Rhein-Kreis Neuss - per Email

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN KTF, SCHULSTR. 1, 41460 NEUSS

An den Vorsitzenden des
Finanzausschusses im Rhein-Kreis Neuss
Herrn Dieter Jüngerkes

per Email: djuengerkes@t-online.de

Neuss, den 01.03.2019

Fraktion im Rhein-Kreis Neuss

Erhard Demmer
Fraktionsvorsitzender



Schulstraße 1
41460 Neuss
Tel: +49 (2131) 1666-81
Fax: +49 (2131) 1666-83
fraktion@gruene-rkn.de

Antrag zu TOP 4 – Kreishaushalt 2019/2020: Beratung über den Entwurf

Sehr geehrter Herr Jüngerkes,

zur Sitzung des **Finanzausschusses am 6. März 2019** stellt die Kreistagsfraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN folgenden Antrag zur Tagesordnung:

Die Verwaltung wird beauftragt, die lokale Senioren- und Gesundheitsapp „Gut versorgt in ...“ im Rhein-Kreis Neuss einzuführen. Zur Umsetzung beantragt unsere Fraktion, im Doppelhaushalt 2019/2020 eine symbolische Summe vorzusehen.

Begründung:

Man muss nicht alles wissen, man muss nur wissen wo es zu finden ist.

Dafür gibt die erste lokale Senioren- und Gesundheitsapp in Deutschland ein gutes Beispiel für Städte und Kreise. In Höxter ist solch eine „helfende Hand“ schon auf dem Markt und trifft auf zufriedene Nutzer.

Unser Land wird immer älter und bereits in zwölf Jahren wird jeder vierte in Deutschland lebende Mensch 65 Jahre alt oder älter sein. Dazu steigt die Lebenserwartung stetig an, schon jetzt werden Frauen ca. 81, Männer 79 Jahre alt. Die heutigen Senioren sind zum großen Teil sehr aktiv und verhältnismäßig gesund. Aber auch die älteren Menschen die auf teilweise Hilfe angewiesen sind und in ihrem Wohn- und Lebensumfeld bleiben möchten ist diese APP eine wichtige Möglichkeit der Teilhabe und Unterstützung.

Alles was getan werden muss, ist die kostenlose App „Gut versorgt in ...“ auf ein Tablet oder Smartphone zu installieren und die jeweilige Stadt anzugeben. Die User benötigen kein Nutzerkonto und GVI ist für Android und IOS verfügbar. Die APP besitzt mit ihren acht großen Kacheln eine übersichtliche Struktur und macht es auch wenig affinen Nutzern recht leicht. So sind die Kacheln in

folgende mit Piktogrammen und Titeln versehenen Bereiche eingeteilt: Notruf-Nummern, Rat und Infos, Unterhaltung, Aktiv im Alter, Adressen A-Z, Die APP, Stadt und Ausbildung und Jobs. Es finden sich Städtische Dienstleister und Ansprechpartner. Veranstaltungen des Senioren Beirats, Behindertenbeirates, sowie aus Fachbereichen der Stadt und des Kreises. Das Thema Gesundheit und Älterwerden wird dabei besonders hervorgehoben.

Solange ältere Menschen die Chance haben solch eine APP zu nutzen – und in manchen Fällen benötigen sie zum Start auch etwas fachliche Hilfe, bietet sich die Möglichkeit selbständig, gesund, aktiv und in einem nachbarschaftlichen Umfeld bleiben zu können.

Die Nutzung der App ist kostenlos. Es wird allerdings bei Einrichtung der APP ein einmaliger, zeitlicher Aufwand für Personal entstehen, um eine Abstimmung für den RKN vorzunehmen. Danach übernimmt der Initiator die weitere Pflege.

mit freundlichen Grüßen



Erhard Demmer
Fraktionsvorsitzender

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN KTF, SCHULSTR. 1, 41460 NEUSS

An den Vorsitzenden des
Finanzausschusses im Rhein-Kreis Neuss
Herrn Dieter Jüngerkes

per Email: djuengerkes@t-online.de

Neuss, den 01.03.2019

Fraktion im Rhein-Kreis Neuss

Erhard Demmer
Fraktionsvorsitzender



Schulstraße 1
41460 Neuss
Tel: +49 (2131) 1666-81
Fax: +49 (2131) 1666-83
fraktion@gruene-rkn.de

Antrag zu TOP 4 – Kreishaushalt 2019/2020: Beratung über den Entwurf

Sehr geehrter Herr Jüngerkes,

zur Sitzung des **Finanzausschusses am 6. März 2019** stellt die Kreistagsfraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN folgenden Antrag zur Tagesordnung:

Zur vereinfachten Umsetzung der Inanspruchnahme der Leistungen nach dem Bildungs- und Teilhabepaket wird die Verwaltung beauftragt eine Bildungskarte einzuführen, um die Teilhabe für alle Kinder sicherzustellen. Dafür beantragen wir im Doppel-Haushalt 2019/2020 für 2019 € 15.000 und für 2020 € 25.000 einzustellen.

Begründung:

Im Jahr 2010 urteilte das BVerfG eindeutig, dass die geltenden Kinderregelsätze nicht existenzsichernd seien und es die Aufgabe des Bundesgesetzgebers sei, das soziokulturelle Existenzminimum für alle Kinder sicherzustellen (BVerfG, 1 BvL 1/09). Im Jahr 2011 wurde in Reaktion auf das Urteil das sogenannte Bildungs- und Teilhabepaket (BuT) eingeführt, womit leistungsberechtigte Familien die Möglichkeit erhielten, die Übernahme der Kosten für Klassenfahrten, Schulmaterialien und Lernförderung oder auch Sportangebote bei der jeweiligen Leistungsstelle vor Ort zu beantragen und geltend machen zu können.

Der hohe Bürokratieaufwand und die oft verbreitete Unkenntnis über die Leistungen haben zur Folge, dass die Bildungs- und Teilhabeleistungen kaum abgerufen werden und bei vielen Kindern nicht ankommen. Das soziokulturelle Existenzminimum ist also nicht bei allen Kindern sichergestellt.

Das BuT geht mit einem erheblichen bürokratischen Aufwand für alle beteiligten Akteure einher. So müssen die Leistungsberechtigten jede Leistung des BuT einzeln beantragen und die entsprechenden Nachweise vorlegen.

Im Rhein- Kreis Neuss werden lediglich nur von einem geringen Teil der Leistungsempfänger*innen ein Antrag auf die o.g. Leistungen gestellt. Deshalb ist es notwendig einen Weg zu finden, der die Teilhabeleistungen so niederschwellig gestaltet, dass sie bekannt und einfach nutzbar sind.

Dazu soll in allen Rechtskreisen ein Globalantrag eingeführt und somit auf die gesonderte Antragstellung für die einzelnen Leistungen verzichtet werden. Diese administrativen Maßnahmen müssen mit einer intensiven Informations- und Öffentlichkeitsarbeit in Kooperation mit den Leistungsanbietern kombiniert werden, um die Leistungsberechtigten über ihre Ansprüche zu informieren.

Es sollen automatisch bei der Beantragung und Bewilligung der primären Geldleistung (SGB II, Wohngeld usw.) die BuT-Leistungen zur soziokulturellen Teilhabe, die Förderung des Mittagessens sowie die Kostenerstattung eintägiger und mehrtägiger Ausflüge und Klassenfahrten mit beantragt werden.

Auf die Bildungskarte wird ein Guthaben entsprechend dem Bewilligungszeitraum – z. B. 60 Euro für 6 Monate Teilhabeleistungen – aufgeladen und kann dann von den Kindern und Jugendlichen bei Vereinen eingesetzt werden.

Zudem werden Pauschalbeträge für ein- und mehrtägige Klassenfahrten, Ausflüge und das Mittagessen gespeichert, die bei Bedarf eingelöst werden können.

Dies gilt für alle Kinder einer Bedarfsgemeinschaft bzw. Familie unabhängig davon ob sie die Leistung nutzen.

Gleichzeitig wird auf ein unbürokratisches Abrechnungsverfahren mit den Leistungsanbietern (Caterer, Sportvereine, Schulen usw.) gesetzt. Alle Anbieter können über die Bildungskarte ihre Leistungen abbuchen und müssen keine Einzelanträge mehr stellen bzw. Einzelabrechnungen vornehmen.

Die Finanzierung der Bildungskarte soll aus dem Haushaltstitel Leistungen für Bildung und Teilhabe (Stelle: 54680100) erfolgen.

mit freundlichen Grüßen



Erhard Demmer
Fraktionsvorsitzender

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN KTF, SCHULSTR. 1, 41460 NEUSS

An den Vorsitzenden des
Finanzausschusses im Rhein-Kreis Neuss
Herrn Dieter Jüngerkes

per Email: djuengerkes@t-online.de

Neuss, den 01.03.2019

Fraktion im Rhein-Kreis Neuss

Erhard Demmer
Fraktionsvorsitzender



Schulstraße 1
41460 Neuss
Tel: +49 (2131) 1666-81
Fax: +49 (2131) 1666-83
fraktion@gruene-rkn.de

Anträge zu TOP 4 – Kreishaushalt 2019/2020: Beratung über den Entwurf

Sehr geehrter Herr Jüngerkes,

zur Sitzung des **Finanzausschusses am 6. März 2019** stellt die Kreistagsfraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Thema Strukturwandel folgende Anträge zur Tagesordnung:

1. Gründung eines Baustoff-Recycling-Zentrums

Die Kreistagsfraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzt sich im Rahmen des anstehenden Strukturwandels im Rheinischen Revier für die Gründung eines Baustoff-Recycling-Zentrums – etwa am Standort Frimmersdorf – ein. Daher beantragen wir im Doppel-Haushalt 2019/2020 Mittel in Höhe von mindestens € 200.000,- (Summe wird ggf. noch konkretisiert) bereitzustellen, um im Rahmen einer Machbarkeitsstudie die Voraussetzungen für die zeitnahe Realisierung zu schaffen.

Begründung:

Das Rheinische Revier braucht neue Impulse für die Schaffung nachhaltiger Ausbildungs- und Arbeitsplätze. Zudem stehen mit dem Rückbau bisheriger Kraftwerksgebäude Steinbrüche in großem Umfang zur Verfügung. Nach dem geltenden Abfallrecht ist auch Rückbaumaterial zu mindestens 70% zu recyceln. Schließlich liegt ein entsprechendes Grundlagenkonzept der der RWTH Aachen (Frau Prof. Linda Hildebrand) für die Zukunftsagentur Rheinisches Revier vor.

2. Nachhaltiges Güterverkehrs-Management

Die Kreistagsfraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN schlägt im Rahmen des anstehenden Strukturwandels vor, den Rhein-Kreis Neuss zu einem Forschungs- und Produktionsstandort für

nachhaltiges Güterverkehrs-Management sowie die Produktion entsprechender Güterverkehrstechnik – etwa magnetfeldgebundene Trägersysteme für Container („Cargo-Rapid) - zu machen. Dafür beantragen wir im Doppel-Haushalt 2019/2020 Mittel in Höhe von mindestens € 500.000,- einzustellen. Diese Mittel sollen für die Einrichtung eines Forschungszentrums für eine Stiftungsprofessur sowie eine Machbarkeitsstudie eingesetzt werden.

Begründung:

Das „nördliche Revier“ braucht im Rahmen des Strukturwandels neben dem Erhalt bestehender industrieller Kerne auch neue und kreative Impulse. Im südlichen Revier ist dies beispielsweise durch die Initiativen von Professor Schuh (RWTH Aachen) im Bereich der Entwicklung und Produktion von elektrischen Liefer- und Personenfahrzeugen gelungen. Im Revier existieren durch das verzweigte Schienennetz und in der Region bestehen mit den diversen Häfen in Neuss, Dormagen, Düsseldorf, Köln und Krefeld, den Flughäfen in Düsseldorf, Weeze und Köln sowie den diversen vorhandenen und geplanten Containerstandorten die Grundlagen für den (notwendigen) Aufbau einer multipolaren Logistikinfrastruktur. Bislang gibt es wenig Anstrengungen Güterströme jenseits der vorhandenen und verstopften Straßen und Schienen tatsächlich umwelt- und menschenverträglich und der Marktnachfrage zu transportieren. Die Blaupause für einen Cargo-Rapid beispielsweise existiert seit langem und könnte Herzstück eines neuen Güterverkehrs-Managements und damit auch zu einem Ausbildungs- und Jobmotor werden.

3. Einrichtung eines Reviermuseums

Mit dem nun beschlossenen Kohleausstieg wird der Abschied von der Braunkohle im Rheinischen Revier konkret. Über viele Jahrzehnte haben Menschen durch ihre Arbeit im Revier zum wirtschaftlichen Wohlergehen einer ganzen Region und darüber hinaus beigetragen. Gleichzeitig war und ist diese Art der Stromerzeugung mit erheblichen Eingriffen in die heimische Umwelt und Natur verbunden und mussten viele Menschen ihre Häuser und Ortschaften verlassen. Vor diesem Hintergrund schlägt die Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Einrichtung eines Industrie- und Heimatmuseums – etwa am Standort Frimmersdorf – vor, um die Geschichte des Braunkohlebergbaus mit all' ihren Facetten zu dokumentieren und zu bewahren.

Daher beantragen wir im Doppel-Haushalt 2019/2020 Mittel mindestens in Höhe von € 1 Mio. Euro für eine Machbarkeitsstudie zur Einrichtung eines Reviermuseums mit einem museumspädagogischen Konzept vorzusehen und gleichzeitig auch Landesmittel einzuwerben. In der genannten Summe sind auch die einmaligen Mittel für den Erwerb einer entsprechenden Immobilie enthalten.

Begründung:

Der Braunkohle-Abbau hat die Region und v.a. auch den Rhein-Kreis Neuss in den letzten 100 Jahren maßgeblich geprägt und die Kulturlandschaft unwiederbringlich verändert. Wirtschaftlicher Wohlstand, Ausbildungs- und Arbeitsplätze auf der einen Seite und Heimatverlust sowie Natur- und Umweltzerstörung auf der anderen Seite werden mit diesem industriellen Kapitel der Geschichte auch in Zukunft verbunden bleiben. Dies zu dokumentieren und zu vermitteln, wäre Aufgabe des Reviermuseums. Gleichzeitig würde so ein Bildungsort geschaffen, der sicher auch dauerhaft viele Menschen anziehen wird.

4. Schaffung von weiteren Stellen für die Bündelung von Verwaltungsaufgaben im Zusammenhang mit dem Strukturwandel

Die erfolgreiche Bewältigung des nun beschlossenen Strukturwandels erfordert auch eine stärkere Bündelung von Verwaltungsaufgaben bei der Kreisverwaltung. Neben der angekündigten Einrichtung einer Stabsstelle „Strukturwandel“ mit eher strategischer Ausrichtung schlägt die Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN daher die Schaffung einer Clearingstelle – etwa für komplexe Genehmigungsverfahren – vor und beantragt im Doppel-Haushalt 2019/2020 Mittel in Höhe von mindestens € 100.000 (1 VAK hD und eine VAK gD).

Begründung:

Die Bewältigung der vielfältigen Aufgaben im Zusammenhang mit dem beschlossenen Strukturwandel erfordert auch neue Aufgaben und Personalstellen in der Verwaltung. Gerade komplexe Genehmigungsverfahren und beschleunigte Entscheidungsprozesse erfordern eine Clearingstelle, um den selbstgesteckten Ansprüchen ohne Standardabbau gerecht zu werden. In diesem Bereich dürften eher zwei Stellen – möglicherweise befristet – notwendig sein.

Anm.: Die Personalstellen sollten ebenfalls aus den vom Landrat angemeldeten zusätzlichen Mitteln für den Strukturwandel finanziert werden.

5. Transformation des Arbeitsmarktes

Das Ende der Kohleverstromung erfordert sowohl die Entwicklung eines Arbeitsmarktkonzeptes für die jüngeren heutigen Bergbau- und Kraftwerksbeschäftigten als auch einer Ausbildungsoffensive. Beides ist am verbleibenden industriellen Kern unserer Region und an der zukünftigen wirtschaftlichen Ausrichtung des heutigen Reviers zu orientieren. Für den sozialen und arbeitsmarktpolitischen Transformationsprozess beantragt die Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Doppelhaushalt 2019/2020 insofern mindestens € 100.000 für die Erstellung einer entsprechenden Machbarkeitsstudie.

Begründung:

Aktuell sind im Bergbau und beim Kraftwerksbetrieb zahlreiche gut qualifizierte Fachkräfte beschäftigt und werden zahlreiche Auszubildende noch für Tätigkeiten geschult, die mit dem Ende der Kohleverstromung so nicht mehr benötigt werden. Während für die älteren Arbeitnehmer*innen und Arbeitnehmer im Kompromisspapier der Kohlekommission Vorruhestandsregeln getroffen wurden, müssen für die jüngeren Beschäftigten rechtzeitig fachliche Alternativen geschaffen werden, die den zukünftigen Bedürfnissen des hiesigen Arbeitsmarktes gerecht werden. Nur so kann es gelingen, die industriellen Kerne zu bewahren bzw. zu transformieren. Sowohl die hiesigen Berufsbildungseinrichtungen als auch die Handwerks- und Mittelstandsstruktur und die übrigen Industrie-Cluster – etwa Chemie und Aluminium – und selbstverständlich auch die nahen Hochschuleinrichtungen bieten eine gute Grundlage für ein zukunftsfestes Gesamtkonzept, das aber jetzt angestoßen werden muss.

mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, consisting of a stylized 'E' followed by a cursive 'D' and a long horizontal stroke ending in a small upward flick.

Erhard Demmer
Fraktionsvorsitzender

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN KTF, SCHULSTR. 1, 41460 NEUSS

An den Vorsitzenden des
Finanzausschusses im Rhein-Kreis Neuss
Herrn Dieter Jüngerkes

per Email: djuengerkes@t-online.de

Neuss, den 05.03.2019

Fraktion im Rhein-Kreis Neuss

Erhard Demmer
Fraktionsvorsitzender



Schulstraße 1
41460 Neuss
Tel: +49 (2131) 1666-81
Fax: +49 (2131) 1666-83
fraktion@gruene-rkn.de

Anträge zu TOP 4 – Kreishaushalt 2019/2020: Beratung über den Entwurf

Sehr geehrter Herr Jüngerkes,

zur Sitzung des **Finanzausschusses am 6. März 2019** stellt die Kreistagsfraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Thema Umwelt folgende Anträge zur Tagesordnung:

1. Maßnahmenplan zur Elimination von Mikroschadstoffen

Auch heimische Oberflächen-Gewässer werden zunehmend durch Mikroschadstoffe – Medikamentenrückstände und Mikroplastik etwa – belastet, die perspektivisch auch zu einer teuren Herausforderung bei der Trinkwasserbelastung werden können. Daher setzt sich die Kreistagsfraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dafür ein, in den kommenden beiden Jahren – ggf. gemeinsam mit den Kreiswerken und Wasserverbänden - einen Maßnahmenplan zur Elimination von Mikroschadstoffen für den Rhein-Kreis Neuss zu entwickeln und umzusetzen. Dafür beantragen wir im Doppel-Haushalt 2019/2020 mindestens € 200.000 einzuplanen. Die Mittel sollen sowohl eine breit angelegte Informationskampagne als auch eine Machbarkeitsstudie über technische Vorklärungsmöglichkeiten an den jeweiligen Quellen – wie Krankenhäusern und sozialen Einrichtungen des Kreises - ermöglichen.

Begründung:

In den letzten Jahren nehmen Hinweise auf Medikamenten-Resistenzen deutlich zu. Bekannt ist auch, dass kommunale Kläranlagen ohne 4. Reinigungsstufe etwa Medikamentenrückstände und Mikroplastikeinträge nur unzureichend dem Abwasser entziehen können. Letztlich wird dies zur Kostensteigerung bei der Trinkwassergewinnung führen und Bürgerinnen und Bürger belasten. Um das Verursacherprinzip konsequent anzuwenden, sind eine breit angelegte Aufklärungskampagne

und Vorklärungssysteme an den Hauptquellen mögliche Maßnahmen, die in anderen Kreisen und kreisfreien Städten im Zusammenspiel mit den Wasserverbänden erfolgreich etabliert wurden.

2. Initiative Nachhaltiges Bauen

Neben dem Energie- und dem Verkehrssektor hat auch die Art und Weise des Hochbaus erheblichen Anteil am Energie- und Ressourcenverbrauch. Daher ist es zukünftig wichtig, sowohl den Neubau wie auch Gebäudesanierungen nachhaltig auszurichten. Darum setzt sich die Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dafür ein, auch im Rhein-Kreis Neuss eine Initiative für Nachhaltiges Bauen zu ergreifen. Dabei sollten Qualitätsmerkmale wie gesunde und/oder recycelte Baustoffe bei entsprechenden Ausschreibungen ebenso wie eine Stärkung des Holzbaus und die Verwendung von regionalen Baustoffen (weil dann auch ohne Kinderarbeit) verbindlich festgelegt werden. Außerdem sollten Neubauten und Komplett-Sanierungen im Rhein-Kreis Neuss zukünftig nach anerkannten Kriterien (BNB oder DGNB) zertifiziert werden.

Zur Umsetzung der Initiative beantragt unsere Fraktion, im Doppelhaushalt 2019/2020 dies als Produktziel neu aufzunehmen und einen Produktbereich mit einer symbolischen Summe vorzusehen. Zukünftig wären hier dann Mittel einzustellen, um die genannten Qualitätsmerkmale und die Zertifizierung neuer Gebäude zu gewährleisten.

Begründung:

Neben der Vorbildfunktion als öffentlicher Bauherr rechnen sich die rund 1% höheren Anfangs-Investitionen (Zahl stammt von der Oberfinanzdirektion NRW) bezogen auf den Lebenszyklus von Gebäuden. Im Übrigen trägt ein Zertifizierungssystem zur Risikominimierung (Schadstoffsanierung!) und Transparenz (durchgehende Dokumentation durch alle Leistungsphasen bei. In mehreren kreisfreien Städten (Bielefeld und Essen) sind derzeit beispielsweise Schul-Neubauten zur BNB-Zertifizierung angemeldet worden.

3. Der Natur neuen Raum geben

Der Rhein-Kreis Neuss zählt einerseits zu den waldarmen Kreisen und hat andererseits in den vergangenen Jahrzehnten insbesondere durch den Braunkohle- und Kiesabbau massive Eingriffe in die Natur- und Kulturlandschaft erlebt. Dies sollte beim anstehenden Strukturwandel durch den vermehrten Aufkauf von zusätzlichen Flächen zumindest teilweise geheilt werden. Deswegen beantragen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Doppelhaushalt 2019/2020 Mittel in Höhe von mindestens € 300.000.

Begründung:

Um den Auswirkungen der massiven Eingriffe der letzten Jahrzehnte in Natur und Landschaft entgegenzuwirken, sind weitreichende politische Initiativen notwendig. Dazu kann auch das Aufkaufen von Flächen über die Mittel im Waldmehrungsprogramm hinaus gehören. Daneben sollte insbesondere gegenüber dem Unternehmen RWE dafür geworben werden, sich aktiv und über die übliche Renaturierung hinaus der Verantwortung für die Natur zu stellen. Die zusätzlichen Flächen könnten neben der Aufforstung auch dazu dienen, Insekten und anderen bedrohten Arten Raum zurück zu geben. Damit würde etwa die jüngst im Umwelt- und Planungsausschuss beschlossene 'Initiative für Insekten' unterstützt.

mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, consisting of a stylized 'E' followed by a cursive 'D' and a long horizontal stroke ending in a small hook.

Erhard Demmer
Fraktionsvorsitzender

Fraktion der UWG Rhein-Kreis Neuss / Aktive Bürger Gemeinschaft – Die Aktive

Fraktion UWG / Die Aktive -Am Hammerwerk 16 - 41515 Grevenbroich

An den Vorsitzenden
des Finanzausschusses
Dieter Jüngerkes
Lindenstr. 2

41515 Grevenbroich
Am Hammerwerk 16
Tel 02181-2131770
Fax 02181-2131771
E-Mail fraktion@uwg-aktive.de
www.uwg-dieaktive.de

41515 Grevenbroich

Neuss, den 28.02.2019

Kulturzentrum Sinsteden

Sehr geehrter Herr Jüngerkes,

wir bitten Sie, folgenden Antrag dem kommenden Finanzausschuss am 06.03.2019 zur Entscheidung vorzulegen:

Antrag:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, folgende Maßnahmen in 2019 umzusetzen:
 - Auffällige Beschilderung sowie Erstellung eines Leitsystems zum Kulturzentrum
 - Erhöhung der Attraktivität der Landmaschinenhalle, z.B. durch Erarbeitung eines Rundgangs
 - Verbesserung der Busverbindungen
 - Installation einer E-Bike Station
 - Einrichtung eines Kiosks
 - Programmvariationen beim Landwirtschaftstag
 - Überregionale Werbung für Dauer- und Sonderausstellungen in Print- und Internetmedien
 - Direkte Ansprache von Neubürgern, z.B. mit einem Begrüßungsflyer
 - Angebote für junge Familien, wie ein Kinderspielplatz
2. Für die ersten Maßnahmen wird ein Betrag in Höhe von € 50.000,-- in den Haushalt eingestellt.
3. Der kostenlose Eintritt wird unverzüglich aufgehoben.

Begründung:

Wir müssen alles daran setzen das Kulturzentrum bekannter und attraktiver zu machen, um die Besucherzahlen zu steigern. Dazu ist eine konsequente Öffentlichkeitsarbeit notwendig.

Wie man der Presse entnehmen konnte, sind die Besucherzahlen nach Einführung des kostenlosen Eintritts weiterhin leicht rückläufig. Obwohl die Besucherzahl bei den Schülern von ca. 350 auf ca. 700 verdoppelt wurde.

D.h. ohne die Schüler wäre ein erheblicher Besucherrückgang in 2018 eingetreten, obwohl der Eintritt kostenlos war.

Durch diese Zahlen wurde unsere These bestätigt, dass nicht der kostenlose Eintritt die Besucherzahlen steigert, sondern ein Konzept zur Attraktivierung des Kulturzentrums.



Mit freundlichen Grüßen
-Carsten Thiel-
(Fraktionsvorsitzender)



Fraktion der UWG Rhein-Kreis Neuss / Aktive Bürger Gemeinschaft – Die Aktive

Fraktion UWG / Die Aktive -Am Hammerwerk 16 - 41515 Grevenbroich

An den Vorsitzenden
des Finanzausschusses
Dieter Jüngerkes
Lindenstr. 2

41515 Grevenbroich
Am Hammerwerk 16
Tel 02181-2131770
Fax 02181-2131771
E-Mail fraktion@uwg-aktive.de
www.uwg-dieaktive.de

41515 Grevenbroich

Neuss, den 28.02.2019

Abbiegeassistenzsysteme

Sehr geehrter Herr Jüngerkes,

wir bitten Sie, folgenden Antrag dem kommenden Finanzausschuss am 06.03.2019 zur Entscheidung vorzulegen:

Antrag:

1. Kreiseigene LKW, Busse und sonstige große Fahrzeuge, werden mit Abbiegeassistenten ausgestattet bzw. nachgerüstet. Bei Ausschreibungen entsprechender Fahrzeuge oder Aufträge soll künftig der Abbiegeassistent verpflichtend gefordert werden.
2. Für diese Maßnahmen wird ein erster Betrag in Höhe von € 15.000,00 in den Haushalt eingestellt.
3. Bei künftigen Vergaben sollen nur noch Unternehmen, die bereits Abbiegeassistenzsysteme nutzen, berücksichtigt werden.

Begründung:

Das Abbiegeassistenzsystem bei LKW und Bussen ist ein geeignetes Mittel, die Verkehrssicherheit für Radfahrer und Fußgänger deutlich zu erhöhen und schwere, häufig tödliche Unfälle zwischen LKW und Radfahrern zu verhindern. Daher sollen Abbiegeassistenten an LKW und Bussen zur Pflicht werden. Bis es zu einer gesetzlichen Regelung kommt, können aber noch Jahre vergehen.

-2-

Der Rhein-Kreis Neuss sollte auch hier eine Vorreiterrolle übernehmen und ab sofort auf den Einsatz dieser technischen Hilfsmittel zur Erhöhung der Verkehrssicherheit zurückgreifen. Die Kosten für die Nachrüstung mit einem Abbiegeassistenten belaufen sich auf ca. 800 € - 1.000 €.



Mit freundlichen Grüßen
-Carsten Thiel-
(Fraktionsvorsitzender)

Fraktion der UWG Rhein-Kreis Neuss / Aktive Bürger Gemeinschaft – Die Aktive

Fraktion UWG / Die Aktive -Am Hammerwerk 16 - 41515 Grevenbroich

An den Vorsitzenden
des Finanzausschusses
Dieter Jüngerkes
Lindenstr. 2

41515 Grevenbroich
Am Hammerwerk 16
Tel 02181-2131770
Fax 02181-2131771
E-Mail fraktion@uwg-aktive.de
www.uwg-dieaktive.de

41515 Grevenbroich

Neuss, den 28.02.2019

Veranstaltungsarena

Sehr geehrter Herr Jüngerkes,

wir bitten Sie, folgenden Antrag dem kommenden Finanzausschuss am 06.03.2019 zur Entscheidung vorzulegen:

Antrag:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, ein Konzept zur Errichtung einer Veranstaltungsarena/-halle erstellen zu lassen.
2. Für das Konzept wird ein Betrag in Höhe von € 50.000,-- in den Haushalt eingestellt.

Begründung:

Der Rhein-Kreis Neuss mit über 450.000 Einwohnern hat bis heute keine geeignete Einrichtung. Dadurch ist es u.a. nicht möglich, den Spitzensport an den Rhein-Kreis Neuss zu binden. Dieser wäre eine besondere Werbung für den Rhein-Kreis Neuss. Derzeit können aber auch keine Konzerte von größerer Bedeutung im Kreisgebiet stattfinden.

Gerade bei dem jetzt stattfindenden Strukturwandel bekommt solch eine Arena nochmal eine besondere Bedeutung.

Fraktion der UWG Rhein-Kreis Neuss / Aktive Bürger Gemeinschaft – Die Aktive

-2-

Diese Halle kann für Sportveranstaltungen, Großveranstaltungen, Events oder auch Meetings genutzt werden. Alle Kommunen des Rhein-Kreises Neuss sollen bei der Planung einbezogen werden.



Mit freundlichen Grüßen
-Carsten Thiel-
(Fraktionsvorsitzender)